

Chancen – Gerechtigkeit – Teilhabe

Aktive Politik für die wachsende Stadt

DAS **KOMMUNALWAHLPROGRAMM** DER HANNOVERSCHEN SPD FÜR 2011–2016



www.spd-hannover-stadt.de

Inhaltsverzeichnis

I. Unsere Vision für Hannover	3
II. Unsere Politik für die wachsende Stadt:	5
1. Gute Arbeit – starke Wirtschaft	5
2. Bildung – ohne Wenn und Aber	13
3. Familien stärken	19
4. Solidarische Stadt - Hannover hält zusammen	23
5. Weltoffenes Hannover – Integration und Internationalität	30
6. Hannover 2020plus – Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen, Mobilität für alle	34
7. Lebendige Demokratie, Bürgerbeteiligung, moderne Verwaltung	41
8. Kunst, Kultur und kulturelle Bildung	43
9. Sport- und Eventstadt Hannover	48
10. Gesundes Hannover – unsere Politik für eine gute Umwelt	53
11. Energie und Klimaschutz – ohne Atomstrom und regenerativ	58
12. Solide Stadtfinanzen	62
 Kontakt	 66

I. Unsere **Vision** für Hannover

Hannover wächst! Aktuell leben in Hannover rund 521.000 Einwohnerinnen und Einwohner, das sind rund 15.000 mehr als vor 20 Jahren und die Experten erwarten, dass Hannover weiter wachsen wird. Diese Entwicklung überrascht auf den ersten Blick, denn lange Zeit wurde auch für Hannover ein spürbarer Rückgang der Bevölkerung prognostiziert.

Hannover wächst! Diese Entwicklung überrascht auf den zweiten Blick nicht. Mit der EXPO 2000 hat Hannover einen wahren Modernisierungsschub erlebt. Wir haben diesen Schub genutzt, um Hannover nachhaltig zu entwickeln sowie Hannover als Wirtschaftsstandort und für die Bürgerinnen und Bürger noch attraktiver zu machen. Dies ist uns in den vergangenen fünf Jahren gelungen: Die Wirtschaft expandiert, die Arbeitslosigkeit ist gesunken, wir haben die Kinderbetreuung ausgebaut und die Schulen saniert. Wir haben die Lebensqualität in den Stadtteilen verbessert und mit neuen attraktiven Wohngebieten junge Familien in Hannover gehalten.

Heute leben 90 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sehr gern oder gern in Hannover. Dies ist für uns Bestätigung und Ansporn zugleich. Ansporn, weil auch Hannover vor vielfältigen Herausforderungen steht. Die Sicherung der Standortqualität für die Unternehmen, Arbeitslosigkeit und Kinderarmut, ungleiche Bildungschancen und zu geringe Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern mit geringen Einkommen, die zunehmende Zahl älterer, hoch betagter und pflegebedürftiger Menschen, die weitere Verbesserung der Integration von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund, aber auch von Bürgerinnen und Bürgern mit Beeinträchtigungen sowie der drohende Klimawandel, diesen Herausforderungen stellen wir uns mit einer modernen Kommunalpolitik.

Chancen, Gerechtigkeit und Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger in Hannover. Das sind unsere zentralen Ziele für die kommenden fünf Jahre. Diese Ziele ziehen sich deshalb wie ein roter Faden durch die verschiedenen Aufgabenbereiche.

Mehr Chancen: Das wünschen wir uns für alle Kinder in Krippen, Kitas und Schulen und beim Übergang in den Beruf, genauso wie für Arbeitslose, für Migrantinnen und Migranten und für Menschen mit Beeinträchtigungen. Mehr Chancen heißt für uns aber auch mehr Chancen, Beruf und Familie zu vereinbaren, eine bedarfsgerechte Wohnung zu finden oder im Alter möglichst lange zuhause wohnen zu können und wenn nötig, gute Pflege zu bekommen.

Gute Bildung ist Voraussetzung für Chancengleichheit, aber auch Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe und sozialem Aufstieg. Wir wollen deshalb allen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in Hannover unabhängig von ihrer Herkunft, ihres Einkommens und möglicher Beeinträchtigungen gute Bildung ermöglichen.

Wir stehen für eine solidarische Stadtgesellschaft. Das heißt für uns konkret: Wir wollen allen Bürgerinnen und Bürgern in Hannover die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen, unabhängig vom Einkommen, von der Herkunft, vom Bildungsstand und vom Alter. Wir wollen den Zusammenhalt in Hannover stärken und eine Spaltung zwischen arm und reich in der Stadtgesellschaft und in den Stadtteilen vermeiden.

Ein wichtiger Schlüssel zu mehr Teilhabe ist für uns eine aktive kommunale Wirtschaftspolitik, um Arbeitsplätze in Hannover zu sichern und neue Arbeitsplätze schaffen. Wir sind überzeugt: Teilhabe lässt sich nicht allein durch Umverteilung erreichen sondern vor allem auch durch wirtschaftliche Dynamik.

Dabei geht es uns auch um hohe Lebensqualität und eine lebenswerte Stadt vor allem in den Stadtteilen. Nur eine attraktive Stadt, in der sich die Bürgerinnen und Bürger wohl fühlen, kann auch wirtschaftlich prosperieren und gut qualifizierte Fachkräfte an sich binden.

Diese Überzeugungen prägen unsere Politik und leiten uns für die kommende Ratsperiode. Konkret setzen wir bis 2016 auf folgende Schwerpunkte:

1. eine aktive, strategische Wirtschaftspolitik,
2. mehr Chancen durch gute Bildung in Krippe, Kita und Schule bis hin zur Erwachsenenbildung,
3. einen massiven und bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung mit Krippen, Kindertagesstätten und die Weiterentwicklung aller Grundschulen zu Ganztagschulen,
4. gesellschaftliche Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger in Hannover unabhängig von Herkunft, Einkommen, Alter oder Beeinträchtigung,
5. eine aktive Klimaschutzpolitik einschließlich Umstellung der Energieerzeugung auf regenerative Energien und
6. eine lebens- und lebenswerte Stadt mit hoher Lebensqualität und Attraktivität.

II. Unsere **Politik** für die wachsende Stadt

1. Gute Arbeit – starke Wirtschaft

Hannover ist mit Abstand die größte Wirtschaftsmetropole in Niedersachsen. Hannover ist ein attraktiver Standort für Unternehmen mit hoher Zentralität und ausgezeichneten Verkehrsverbindungen. Hannovers Wirtschaft ist in den vergangenen Jahren dynamisch gewachsen. Hannover ist heute nicht nur eine Stadt mit einer stabilen Industrie, sondern eine Stadt mit einem starken, vielfältigen Dienstleistungssektor, mit vielen kleinen und mittleren Unternehmen wie z.B. dem Handwerk, eine Messestadt und eine Wissenschaftsstadt.

Die hannoversche SPD steht für eine aktive und strategische Wirtschaftspolitik. Wir wollen im engen Dialog mit den Partnern in Unternehmen, Verbänden und Gewerkschaften die Standortbedingungen für die Unternehmen in Hannover kontinuierlich verbessern und Akteure untereinander vernetzen. Wir wollen unsere Verwaltung und Wirtschaftsförderung noch serviceorientierter gestalten. Wir bekennen uns zu einer Wirtschaftspolitik, die auf die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet ist. Denn Arbeit ist die beste Form von Armutsbekämpfung. Deshalb setzen wir auf eine wirtschaftsfreundliche Politik.

Eine lebenswerte Stadt und zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen nicht unabhängig voneinander. Industrie- und Dienstleistungswirtschaft sowie die Bestandspflege im Einzelhandel sind für die städtische Entwicklung also keine Alternativen, sondern ergänzen sich.

Uns sind die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt nicht egal. Wir wollen faire Löhne, faire Arbeitsbedingungen und faire Arbeitsmarktchancen, z.B. auch für Ältere und Migranten. Diese Ziele wollen wir soweit möglich auch mit den Mitteln der Kommunalpolitik durchsetzen.

Das haben wir seit 2006 erreicht:

- Die hannoversche Wirtschaft hat sich dynamisch entwickelt. Viele Unternehmen sind expandiert bzw. haben neue Arbeitsplätze in Hannover angesiedelt. Die Zahl der sozialversicherten Arbeitsplätze ist um rund 15.000 auf über 280.000 gestiegen. Gleichzeitig ist die Arbeitslosenquote um rund ein Drittel gesunken.
- Zahlreiche Ansiedlungen und Expansionen z.B. von HDI, VHV, VGH, Johnson Controls und Boehringer belegen Hannovers hohe Qualität als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort und eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung. Wir haben die Ansiedlung von Boehringer durch ein öffentlich transparentes Verfahren begleitet und damit viele Vorbehalte abbauen können.
- Wir haben das Hanomag-Gelände in Linden revitalisiert.
- Wir haben die Aktivitäten der strategischen Wirtschaftsförderung von Stadt und Region unter dem Dach der Hannover Holding gebündelt und strategisch neu ausgerichtet.
- Mit der Kapitalzuführung von 250 Mio. Euro (Stadt und Land) haben wir die Deutsche Messe AG auf eine stabile finanzielle Grundlage gestellt und Han-

nover als Messestandort gesichert. Dies sichert dauerhaft Wertschöpfung und Tausende von Arbeitsplätzen in Stadt und Region.

- Hannover wird als Ziel des Städtetourismus immer beliebter und hat deutlich wachsende Übernachtungszahlen zu verzeichnen.
- Die Städtischen Häfen haben sich zu einem vielseitigen und wettbewerbsfähigen Logistikdienstleister weiterentwickelt.
- Die städtischen Unternehmen bewirken insgesamt in Stadt und Region eine Wertschöpfung von rund 1,5 Mrd. Euro und sichern damit direkt oder indirekt rund 28.000 Arbeitsplätze.

Für die neue Ratsperiode setzen wir folgende Schwerpunkte:

Wirtschaftsförderung fortsetzen, Strukturen optimieren

Wir wollen eine serviceorientierte Wirtschaftsförderung. Anfragen und Anliegen von Unternehmen sollen auch zukünftig durch das Unternehmerbüro aufgenommen und sachgerecht weitergeleitet und bearbeitet werden. Größere Ansiedlungsprojekte werden schnell und unbürokratisch durch fachbereichsübergreifende Projektgruppen abgewickelt. Dies hat sich z.B. bei der Ansiedlung von HDI und Boehringer bewährt.

Wir wollen die bevorstehende räumliche Konzentration der Wirtschaftsförderung der Stadt und Region sowie von hannoverimpuls im Gebäude des Technologie Centrum Hannover (TCH) dazu nutzen, die Zusammenarbeit dieser Akteure weiter zu verbessern und Synergien zu erschließen.

- Nach gelungener Verschmelzung von Hannover Holding und hannoverimpuls gilt es, die strategische Wirtschaftsförderung von hannoverimpuls weiter zu optimieren:
- Die Existenzgründerförderung durch Beratung und Wettbewerbe wie z.B. »Start up impuls« sowie die Bereitstellung von Räumlichkeiten zu günstigen Konditionen ist erfolgreich und soll auf der Grundlage des neuen Standortkonzepts mit neuen Standorten auf dem Hanomaggelände (Fokus Kreativwirtschaft) und in Marienwerder (Fokus: Produktionstechnik) fortgesetzt werden. Ferner werden wir die Bereitstellung günstiger Gewerbeflächen für Existenzgründungen aus dem Handwerk prüfen. Das Unternehmerinnenzentrum werden wir auch zukünftig fördern.
- Das gemeinsame Standortmarketing von Stadt und Region sowie ggf. der Metropolregion unter dem Dach von hannoverimpuls hat sich bewährt und soll fortgesetzt werden.
- Mit Hilfe der Hannover Marketing und Tourismus Gesellschaft (HMTG) wollen wir die Chancen des Städtetourismus weiter erschließen.

Wir sehen eine wichtige Aufgabe der strategischen Wirtschaftsförderung darin, besonders relevante Wertschöpfungsketten zu identifizieren und diese durch gezielte Vernetzung, Branchenforen, Kooperationsförderung sowie Ansiedlungsaktivitäten auszubauen. Dabei werden wir uns auf die besonderen Kernkompetenzen Hannovers konzentrieren. Hannoverimpuls soll daher insbesondere helfen, Foren und Netzwerke zwischen Unternehmen, IHK, Handwerkskammern, Hochschulen und Verwaltung aufzubauen und zu pflegen. Wir wollen keine Wirtschaftsförderung nach dem Gießkannenprinzip.

Hannover als Industriestandort sichern

Die hannoverschen Industrieunternehmen haben wirtschaftliche Bedeutung für Stadt und Region weit über ihre direkten Arbeitsplätze hinaus. Sie schaffen Tausende weiterer Arbeitsplätze bei industrienahen Dienstleistern wie Forschung und Entwicklung, Rechtsberatung, Logistik, IT-Dienstleistungen, Medien- und Marketing. Die in Hannover ansässigen Traditionsunternehmen wie VW Nutzfahrzeuge, Continental, Komatsu, Johnson controls (ehemals VARTA), WABCO, VSM oder Bahlsen haben sich stabilisiert und in Hannover auf technisch anspruchsvolle Produkte sowie auf Forschung, Entwicklung und Verwaltung konzentriert. Viele Unternehmen wollen am Standort Hannover wieder expandieren!

Automobilbau, Automobilzulieferindustrie, Maschinenbau sowie Chemie- und Kunststoffindustrie, diesen Branchen prägen Hannovers industrielle Basis. Wir wollen diesen industriellen Kern in Hannover sichern und weiterentwickeln durch engen Kontakt der Wirtschaftsförderung zu den Unternehmen, aktive Vernetzung, enge Bindung an die Hochschulen und Sicherung des Fachkräftepotentials.

Wir werben auch für Akzeptanz von Neuansiedlungen. Nicht jedes wirtschaftliche Vorhaben wird von den Bürgerinnen und Bürgern begrüßt. Manche Ansiedlungen stoßen auf ökologische Bedenken, andere auf Vorbehalte wegen baulicher oder verkehrlicher Wirkungen. Wir nehmen diese Bedenken ernst. Eine frühzeitige Einbindung der Interessen und Bedenken der Bürgerinnen und Bürger ist daher ebenso notwendig, wie eine rechtzeitige und umfassende Information und Überzeugungsarbeit für neue Projekte. Bei besonderen Projekten soll dies durch Bürgerforen und Nachbarschaftsdialoge geschehen.

Hannovers als Dienstleistungsstandort ausbauen

Hannover hat sich inzwischen zu einem starken Dienstleistungsstandort entwickelt. Rund drei Viertel der Wertschöpfung und der Arbeitsplätze entfällt auf den Dienstleistungssektor einschließlich Hochschulen und Verwaltung. Hannover hat sich insbesondere als starker Standort der Finanzwirtschaft (Banken und Versicherungen), der Logistik und als Wissenschaftsstadt entwickelt. Wir wollen die positive Entwicklung dieser Branchen weiter mit den Mitteln der Wirtschaftsförderung und des Liegenschaftsmanagements unterstützen und vor allem durch Sicherung der Fachkräftebasis.

Eine zentrale Aufgabe der kommenden Jahre wird es dabei sein, ausreichend Fachkräfte in Hannover auszubilden und für Hannover zu gewinnen. Hannover hat als Hochschul- und Wissenschaftsstandort erhebliche Bedeutung, um junge Fachkräfte zu gewinnen und ist für alle Branchen ein wichtiger Standortfaktor. Das betriebliche wie überbetriebliche Aus- und Weiterbildungsangebot in der Stadt ist das zweite Standbein einer solchen Politik. In und mit der Region, den Hochschulen und Trägern der Weiterbildung gilt es, dieses auf die aktuellen und künftigen Bedarfe der Wachstumsbranchen in unserer Stadt auszurichten.«

Hannover als Stadt der Wissenschaft stärker profilieren

Hannover ist mit fünf großen international bekannten Hochschulen - Universität, Fachhochschule, Medizinische Hochschule, Hochschule für Musik, Theater und Medien, Tierärztliche Hochschule - und weiteren Fachhochschulen wie auch bedeutenden Forschungseinrichtungen wie z.B. das Fraunhofer Institut für Toxikologie und experimentelle Medizin, das Max-Planck-Institut für Gravitationsphysik, das HIS (Hochschul-Informationssystem GmbH), das Leibniz-Institut für Angewandte Geophysik, das GEO-Zentrum, und das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung (NIW)) ein Wissenschaftszentrum ersten Ranges in der Bundesrepublik. Diese herausragende Position wird durch den Neubau eines Wissenschaftszentrums im Herrenhäuser Schloss durch die VW-Stiftung noch weiter und internationaler ausgebaut. Mit den Herrenhäuser Gesprächen wird es von dort auch wesentliche Impulse in die Stadtgesellschaft hinein geben, wie die ersten Gesprächsabende schon gezeigt haben.

Diese Einrichtungen haben erhebliche Bedeutung für das Angebot an jungen qualifizierten Fachkräften und sind auch deshalb ein enorm wichtiger Standortfaktor.

Hannover hat mit Unterstützung der Gründung der »Initiative Wissenschaft Hannover« im Jahr 2007 sowie zahlreichen Veranstaltungen wie dem »November der Wissenschaften«, der Reihe »Wissenschaft im Rathaus« und dem bundesweit einmaligen »Festival der Philosophie« Akzente gesetzt, Hochschulen und Wissenschaft in die Stadtgesellschaft hinein zu öffnen. Die wissenschaftliche Tradition Hannovers wurde außerdem mit der Errichtung und Besetzung einer Leibniz-Professur hervorgehoben, die mit Vorträgen, Vorlesungen und Projekten Hannover als Leibnizstadt profilieren soll.

Wir wollen Hannover als Stadt der Wissenschaft in Zukunft noch stärker profilieren und die damit verbunden Potentiale aktivieren: Das heißt für uns konkret:

— Das wirtschaftliche Potential erschließen:

Die Hannoverschen Hochschulen sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in der Stadt. Mit einem Budget von ca. 750 Millionen Euro (Universität, MHH mit Krankenversorgung, TiHo und FH), 34.000 Studierenden und Firmengründungen von Absolventinnen und Absolventen tragen die Hochschulen erheblich zur Wirtschaftskraft von Hannover bei. Wir werden mit einer aktiven Wirtschaftspolitik, Existenzgründerförderung und –beratung, Bereitstellung von Risikokapital und dem Ausbau des Wissenschaftsparks in Marienwerder junge Unternehmen mit Uni-Hintergrund fördern.

Wir setzen uns ferner dafür ein, die Ansiedlung von Forschungs- und Entwicklungsabteilungen von mit hannöverschen Hochschulen kooperierenden Unternehmen auch weiterhin stadtplanerisch offensiv zu unterstützen und die Kontakte zwischen Hochschulen und lokalen Unternehmen mit gezielten Aktivitäten zu vertiefen.

- Analysekompetenz nutzen:
Viele Institute und Menschen in den Hochschulen beschäftigen sich mit Fragen, die auch Probleme von Menschen und Institutionen der Stadt betreffen. Die SPD sieht es als eine Zukunftsaufgabe an, die Kompetenzen der Hochschulen stärker zum Verstehen der Entwicklungen der Stadtgesellschaft in technischer, ökologischer und sozialer Perspektive zu nutzen.
- Problemlösungskompetenz nutzen:
Die SPD sieht die Kompetenzen der Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen als besondere Chance und wird in themenspezifischen Tagungen zu aktuellen Themen und Anlässen aktiv auf die Hochschulen zugehen. Der Wissenstransfer, der mit einigen Einrichtungen schon begonnen hat, soll ausgebaut werden.
- Dialog vertiefen:
Neben den schon erfolgreichen Aktionen wie »November der Wissenschaft« oder dem »Festival der Philosophie« wollen wir mit tagesaktuellen Veranstaltungen Impulse aus der Wissenschaft und Forschung in die Stadtgesellschaft zu aktuellen Themen geben. Die Reihe »Wissenschaft im Rathaus« soll dazu weiterentwickelt werden, z.B. mit einer Reihe »Stadt von morgen«.
- Partnerschaft zwischen Stadt und Hochschulen weiterentwickeln:
Die SPD setzt sich dafür ein, die begonnene Partnerschaft mit den Hochschulen z.B. Empfang für neuberufene Professorinnen und Professoren oder die Welcome- und Serviceangebote für ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und Studierende auszubauen und Hannovers Ruf als wissenschaftsfreundliche Stadt zu festigen. Wir setzen uns außerdem dafür ein, die internationalen Partnerschaften der Hochschulen auch für die Stadtgesellschaft sichtbar und fruchtbar zu machen.
Die Sicherung und Stärkung Hannovers als Hochschul- und Wissenschaftsstadt hat erhebliche Bedeutung für das Angebot an jungen qualifizierten Fachkräften und ist deshalb für alle Branchen ein enorm wichtiger Standortfaktor.

Hannover ist Messe- und Kongressstadt

Das soll so bleiben. Die Messe hat weltweit das Image Hannovers als weltoffenen Wirtschaftsstandort geprägt. Die Aktivitäten der Deutschen Messe AG bedeuten für Stadt und Region jährlich eine Wertschöpfung von rund 500 Mio. Euro und die Sicherung von 15.000 direkten und indirekten Arbeitsplätzen.

Wir sehen die Messe AG inzwischen auf gutem Weg und werden die Umsetzung des Unternehmenskonzepts »Hermes plus« aktiv begleiten. An der hälftigen Beteiligung der Stadt Hannover an der Messe AG werden wir festhalten.

Das HannoverCongressCentrum (HCC) hat sich im bundesweiten Kongress- und Veranstaltungsmarkt gut behauptet. Es hat sich inzwischen wettbewerbsfähig aufgestellt und schreibt im operativen Geschäft schwarze Zahlen. Im Jahr 2014 wird das HCC 100jähriges Jubiläum feiern können. Bis zu diesem Anlass wollen wir das HCC mit rund 8 Mio. Euro modernisieren.

Kreativwirtschaft und Gesundheitswirtschaft fördern

Hannover ist als Metropole und mit seinen wissenschaftlichen Einrichtungen wie z.B. der Medien-Hochschule auf der Expo-Plaza oder der breiten Musik- und Eventszene ein starker Standort der Kreativwirtschaft. Die Kreativwirtschaft ist breit gefächert. Aber: Sie hat als Dienstleister für Industrie und andere Branchen entscheidende Bedeutung für die Standortqualität Hannovers. Sie verkörpert die »Hefe im Kuchenteig« und damit einen wichtigen Teil der hannoverschen Wissensgesellschaft. Wir werden deshalb die Kreativwirtschaft gezielt fördern, unter anderem durch Bereitstellung neuer Existenzgründerflächen auf dem Hanomag-Gelände und den Branchenaktivitäten von hannoverimpuls.

Zu den besonderen Stärken Hannovers gehört die Gesundheitswirtschaft. Dazu gehören insbesondere die MHH, die TiHo, das INI, die Fraunhofergesellschaft, das Klinikum Hannover aber auch Ärzte, Apotheken, die Pflegeanbieter und die Krankenkassen. Schon heute arbeiten rund 15 Prozent der Beschäftigten in der Gesundheitswirtschaft, Tendenz steigend. Der demografische Wandel wird insbesondere in der Gesundheitswirtschaft und Pflege neue Arbeitsplätze schaffen.

Wir wollen Hannover zukünftig deutlich stärker als bisher als Standort der Gesundheitswirtschaft profilieren und diese Potentiale nutzen. Dazu gehören z.B. die zügige Umsetzung des Masterplans der MHH, gezielte Ansiedlungsaktivitäten im Medical Park, die positive Begleitung der TiHo, eine Forcierung des Gesundheitstourismus, neue Angebote der stationären und ambulanten Pflege und die Unterstützung neuer Kooperationsformen zwischen stationärer und ambulanter Versorgung. Wir plädieren ferner für einen öffentlichen Diskursprozess, wie Hannover als Gesundheitsstandort weiter gestärkt werden und dem Fachkräftemangel in diesem Bereich begegnet werden kann. Die notwendige Vernetzung der Akteure soll dabei vor allem durch hannoverimpuls organisiert werden.

Kleine und mittelständische Unternehmen sowie das örtliche Handwerk fördern

Obwohl in der Öffentlichkeit vor allem große Unternehmen wahrgenommen werden, entfällt die überwiegende Anzahl der Arbeitsplätze auf die kleinen und mittleren Unternehmen. Wir wollen in enger Kooperation mit IHK und Handwerkskammer eine wirtschaftsstärkende Politik insbesondere für diese Unternehmen machen.

Dazu gehört, die Nahversorgung und kleinere Betriebe in den Stadtteilen zu erhalten (siehe auch Kapitel »Hannover 2020plus«) sowie eine bewusste, regional orientierte Auftragsvergabe an die Unternehmen in Stadt und Region. Deshalb begrüßen wir, dass die Kommunen aktuell größere Spielräume bei der Auftragsvergabe haben. Unser Ziel ist, dass auch in Zukunft rund drei Viertel des städtischen Auftragsvolumens im Wettbewerb in Stadt und Region verbleiben. Damit wollen wir Wertschöpfung und Arbeitsplätze in der Region sichern.

Faire Arbeitsbedingungen und Löhne auch bei der kommunalen Auftragsvergabe

Wir setzen uns für die Einhaltung von Tariftreue, Mindestlöhnen und fairen Beschäftigungsverhältnissen auch bei der Vergabe von kommunalen Aufträgen ein.

Laut Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes fehlt jedoch hierzu aktuell eine belastbare Rechtsgrundlage. Die deutschen Tariftreuegesetze wurden deshalb für ungültig erklärt. Wir fordern umgehend belastbare Rechtsgrundlagen auf EU-, Bundes- und Landesebene für kommunale Tariftreue Regelungen zu schaffen. Denn Unternehmen, die Tariflöhne bezahlen und tariftreu sind dürfen im Wettbewerb um kommunale Aufträge gegenüber Unternehmen, die keine Tariflöhne zahlen und dadurch günstiger sind, nicht benachteiligt werden.

Vitales Handwerk

Das Handwerk mit seinen vielen, oftmals kleineren Betrieben, ist in Summe eine wichtige »Wirtschaftsmacht« für Stadt und Region. Handwerk und Großbetriebe brauchen sich gegenseitig. Das Handwerk hat nicht nur wichtige Dienstleistungsfunktion für Privatkunden und Unternehmen, sondern auch eine wichtige Zulieferfunktion für die Industrie. Wir wollen deshalb ein vitales Handwerk, das insbesondere auch sein besonderes Engagement bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen aufrecht erhalten kann.

Alte Gewerbebrachen revitalisieren

Wir wollen auch zukünftig alte Gewerbebrachen revitalisieren. Dazu braucht es oft einen langen Atem. Die Bebauung des ehemaligen Südbahnhofs und die Revitalisierung des Hanomag-Geländes sind aktuelle Beispiele für eine erfolgreiche Revitalisierung.

Die Chancen der Metropolregion nutzen

Die Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg hat sich inzwischen organisatorisch neu aufgestellt. Wir sehen die Metropolregion als Chance, die Standortqualitäten unserer Region auch außerhalb Deutschlands wahrnehmbar zu machen, neue Kooperationen zwischen den Hochschulen und zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zu knüpfen und Fördermittel z.B. der EU zu akquirieren. Die Metropolregion muss durch konkrete Projekte erlebbar werden.

Das Fachkräfteangebot sichern

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wird die Verfügbarkeit von qualifizierten Fachkräften in Zukunft ein zentraler Standortfaktor sein. Hannover hat diesbezüglich gute Voraussetzungen: Hannover hat absehbar keinen drastischen Rückgang der Schülerzahlen zu befürchten, die Schulabbrecherquote geht zurück, die Erwerbstätigkeit von Migranten steigt. Hannover profitiert außerdem von der stetigen Zuwanderung von Studienanfängerinnen und -anfängern. Dabei sind die vom Land zu verantwortenden Studiengebühren hinderlich.

Wir wollen mit folgenden Maßnahmen zu einem ausreichenden Fachkräfteangebot beitragen:

- Wir werden die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder in Krippen, Kitas und Ganztagschulen massiv ausbauen und damit zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen. Dies ist ein zentraler Beitrag, um die Erwerbsbeteiligung insbesondere von Frauen zu erhöhen (siehe Kapitel: »Familien stärken« und »Bildung ohne Wenn und aber«).

- Durch enge Kooperation zwischen Hochschulen und Unternehmen sollen Studienabsolventen in Hannover gehalten werden. Dabei sollen insbesondere Berufe wie Ingenieure, IT-Fachleute und Naturwissenschaftler fokussiert werden.
- Wir werden das Programm »study and stay« fortsetzen und zusammen mit der Wirtschaft ein »Hannover-Stipendium« prüfen, um den Hochschulstandort noch attraktiver machen. So könnten ausgewählte Studierende mit überdurchschnittlichen Studienleistungen gefördert werden, unter der Voraussetzung, dass sie nach erfolgreichem Studienabschluss in Hannover bleiben und in den Beruf starten.
- Im Gespräch mit ansässigen Unternehmen, IHK und Handwerkskammer wollen wir ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot in den Betrieben sichern.
- Durch aktive Beteiligung am »Übergangsmanagement« werden wir den Einstieg in Ausbildung unterstützen und weiterhin in der Stadtverwaltung über Bedarf ausbilden.
- Wir wollen mit Fördermaßnahmen im Rahmen der Erwachsenenbildung zu verbesserten Arbeitsmarktchancen von Migrantinnen und Migranten beitragen.
- In der Stadtverwaltung und den städtischen Unternehmen werden wir Projekte zu altersgerechter Arbeit und zur besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf starten.

Wir werden gute Fachkräfte nur dann für Hannover gewinnen und halten können, wenn Hannover als Stadt mit hoher Lebensqualität und einem attraktiven Kultur- und Eventangebot wahrgenommen wird. Dies sind nicht »weiche«, sondern in Wirklichkeit »harte« Standortfaktoren. Die Qualität Hannovers als Kultur- und Eventstadt hat für uns deshalb auch wirtschaftspolitische Bedeutung (siehe auch Kapitel »Kunst, Kultur« sowie »Hannover ist Sport- und Eventstadt«)

Gute Arbeit als Leitmotiv in der Stadtverwaltung und den städtischen Unternehmen

Gute Arbeit ist unser Leitmotiv auch für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und Bezahlung in der Stadtverwaltung und den städtischen Unternehmen. Wir setzen dort auf eine unterstützende und moderne Personalführung.

Dazu gehören für uns insbesondere

- der getroffene Abschluss des Beschäftigungssicherungsvertrages bei der LHH,
- Schutz vor Privatisierung der städtischen Unternehmen, auch z.B. bei Pflegeheimen und Friedhofsverwaltung,
- tarif- und leistungsgerechte Bezahlung,
- keine missbräuchliche Leiharbeit und Befristung,
- eine Personalpolitik, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht (auch in Bezug auf die Pflege von Angehörigen),
- Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen und Abschluss von Zukunftssicherungsverträgen z.B. bei Messe, üstra und Stadtwerke AG,
- leistungsorientierte Aufstiegsmöglichkeiten,
- motivierende Ausbildungs- und Arbeitsplatzbedingungen und
- eine geschlechtergerechte Personalpolitik und neue Konzepte für altersgerechte Arbeit.

2. Bildung – ohne Wenn und Aber

Bildung ist die beste Startchance, die wir unseren Kindern geben können. Sie ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe. Wir wollen allen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in Hannover unabhängig von ihrer Herkunft, ihres Einkommens und möglicher Beeinträchtigungen gute Bildung ermöglichen. Wir wollen Bildung in allen Lebensphasen fördern, vom Kleinkind- bis ins Seniorenalter. Das ist für uns ein Gebot der Gerechtigkeit.

Wir treten deshalb ein für Chancengleichheit und ein gerechtes Bildungssystem. Unsere Bildungspolitik ist insbesondere darauf ausgerichtet, mit den Möglichkeiten und Instrumenten einer Kommune gute Schulen bereit zu stellen. Hannover ist Schulträger und damit verantwortlich für eine gute bauliche Infrastruktur der Schulen. Wir übernehmen ferner Verantwortung für gute Bildung in den Kindertagesstätten und ergänzende Bildungsangebote und Betreuung von Schulkindern am Nachmittag, weil die Landesregierung Ganztagschulen sträflich vernachlässigt. Wir setzen uns für gute öffentliche und kostenfreie Schulen ein. Vorhandene Privatschulen sind für uns eine Ergänzung dieser Angebote, einen massiven Ausbau lehnen wir ab.

Für die Schulstruktur, Lerninhalte und Gestaltung des Schulunterrichts ist die Landesregierung zuständig. Die Bildungspolitik der Landesregierung engt die Möglichkeiten für gute Bildung in Hannover spürbar ein. Wir fordern auch auf Landesebene eine gerechte Bildungspolitik und mehr Chancengleichheit im Bildungssystem.

Das bedeutet:

- Eine Abschaffung der Einschränkungen für die Einrichtung von Integrierten Gesamtschulen und Anerkennung als Regelschule,
- Die Rückkehr zu G9, also zum Abitur an Gesamtschulen und Gymnasien nach 13 Schuljahren,
- Eine Abkehr vom Prinzip der Offenen Ganztagschule hin zur Gebundenen Ganztagschule für alle Schulformen,
- Die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit.

Dies ist notwendig, denn wir wollen in Hannover

- für alle Schülerinnen und Schüler ein gerechtes Schulsystem bereit stellen,
- die Schülerinnen und Schüler durch schulbegleitende Unterstützungsangebote zu einem besseren Schulerfolg führen,
- die Schule als ganztägigen und positiven Ort des Lernens präsentieren und
- durch weitreichende Betreuungsangebote den (Wieder-)Berufseinstieg junger Eltern unterstützen.

Seit 2006 haben wir bereits viel erreicht:

- wir haben eine flächendeckende Sprachförderung in den Kindertagesstätten eingeführt sowie frühkindliche Bildung und Elternbildung durch 21 Familienzentren gefördert.
- Wir haben dem Elternwillen entsprechend drei neue integrierte Gesamtschulen in Stöcken, in Badenstedt und in Vahrenwald geschaffen – trotz massiver Hürden durch das Landesschulgesetz. Stadtweit gibt es jetzt neun integrierte Gesamtschulen für rund 10.000 Schülerinnen und Schüler.
- Wir haben mit einem Volumen von rund 240 Mio. Euro rund drei Viertel aller Schulen und Kitas saniert und an vielen Standorten neuen Mensen gebaut. Wir haben mit Hilfe von Investorenmodellen die Grundschule an der Steinbreite neu gebaut und an der Bismarckschule, der Leibnizschule und der IGS List Teilneubauten und neue Sporthallen errichtet. Damit konnten wir die Schulsanierung deutlich beschleunigen.
- Wir haben die Weichen für den Neubau der IGS Mühlenberg gestellt.
- Wir haben rund ein Drittel aller Grundschulen zu Ganztagschulen weiterentwickelt.
- Wir haben 200 neue Hortplätze geschaffen und aus städtischen Mitteln Hausaufgabenhilfe finanziert, nachdem das Land seine Mittel dafür gestrichen hat.
- Wir haben die Barrierefreiheit der Kitas und Schulen massiv verbessert und damit wichtige bauliche Voraussetzungen für integrative, inklusive Betreuung und Beschulung geschaffen.
- Mit der Volkshochschule und der Grundfinanzierung des Bildungsvereins fördern wir vielfältige Angebote der Erwachsenenbildung und z.B. Deutschkurse für Migrantinnen und Migranten. Dazu gehören auch Angebote für Seniorinnen und Senioren.
- Mit der Tagesreal- und Hauptschule eröffnen wir die Möglichkeit zum Nachholen von Schulabschlüssen, damit verbessern wir die Startchancen in Ausbildung und Beruf.

Für die neue Ratsperiode setzen wir folgende Schwerpunkte:

Gerechte Bildungssysteme

Wir wollen die Schullandschaft auf Grundlage des Elternwillens bedarfsgerecht weiterentwickeln. Dazu gehört insbesondere die Gründung weiterer Gesamtschulen, da trotz Gründung neuer Gesamtschulen nicht alle Elternwünsche erfüllt werden konnten und im Schuljahr 2010/2011 rund 200 Kinder abgewiesen werden mussten. Um die bedarfsgerechte Gründung von Gesamtschulen in Hannover zu erleichtern, muss die Vorgabe der Fünfüzigkeit im Landesschulgesetz endlich gestrichen werden.

Nach unserer Überzeugung ist die Integrierte Gesamtschule (IGS) am Besten geeignet, um Schülerinnen und Schülern mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Bildungsniveaus bestmögliche Bildungschancen zu geben. Durch einen rhythmisierten Ganztagsunterricht und eine geeignete Binnendifferenzierung ergibt sich in der Gesamtschule die Möglichkeit, alle Schülerinnen und Schüler entsprechend ihren Möglichkeiten zu fördern und zu fordern. Nicht umsonst setzen fast alle Länder dieser Erde auf integrierende statt auf separierende Systeme.

Die neue Schulform Oberschule ist für uns keine Option. Sie kann keine integrierten Systeme ersetzen.

Die Landesregierung hat seit 2003 die Gründung neuer Integrierten Gesamtschulen durch Vorgabe einer langfristigen Fünfüzigkeit (d.h. fünf Parallelklassen pro Jahrgang) massiv erschwert, offenbar aus Angst vor deren Erfolg. Sie hat diese Hürden trotz massiver Forderungen aus der Eltern- und Lehrerschaft auch mit der jüngsten Schulreform nicht aufgehoben.

Wir erwarten, dass sich die Schulstruktur in Hannover langfristig auf Gymnasien und Integrierte Gesamtschulen stützen wird. Das gegliederte Schulsystem wird der Vergangenheit angehören.

Schul- und Kitasanierung fortsetzen

Auch in der kommenden Ratsperiode wird die Fortsetzung der Schul- und Kitasanierung Priorität haben. Dazu gehört insbesondere der Abschluss der Sanierung/ Teilneubaus der Leibnizschule und IGS List, Sanierung der IGS Stöcken mit einem Volumen von rund 17 Mio. Euro sowie der Neubau der IGS Mühlenberg in Verantwortung der GBH mit einem Volumen von rund 50 Mio. Euro.

Dazu gehört auch der forcierte Bau von Schulmensen an den Grundschulen, den neuen Gesamtschulen und den Gymnasien mit Ganztags Schulbetrieb. Die Einführung des Abiturs nach 12 Jahren hat dort den Schulalltag gravierend verändert und eine ganztägige Beschulung notwendig gemacht.

Weiterentwicklung aller Grundschulen zu Ganztagschulen

Hannover gehört bundesweit zu den Vorreitern beim kommunalen Ausbau von Ganztagschulen. Wir werden in der kommenden Ratsperiode alle 57 Grundschulen, die das wollen, zu Ganztagschulen weiterentwickeln. Damit wollen wir unter Einbeziehung der Horte insgesamt ein bedarfsgerechtes Bildungs- und Betreuungsangebot für alle Kinder im Grundschulalter bereitstellen. Wir sehen dies auch als einen wichtigen kommunalen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Der Ganztags Schulbetrieb soll dabei wie bisher in Verantwortung durch einen pädagogischen Träger erfolgen. Am Nachmittag soll es nicht nur Hausaufgabenhilfe geben sondern vielfältige Sport, Kultur- und Bildungsangebote wie z.B. Schulmusik, Theater und Zirkus, die die Entwicklung der Kinder zusätzlich fördern. Die Schulen sollen sich dabei bewusst in den Stadtteil öffnen und die Zusammenarbeit mit Musikschule, Sportvereinen, Kitas und Familienzentren suchen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Schulträger auf die Träger der Nachmittagsangebote dahingehend einwirken, dass sozialversicherungspflichtige Verträge mit den eingesetzten/betroffenen Beschäftigten vereinbart werden (siehe auch Kapitel »Kunst, Kultur, kulturelle Bildung«).

Wir fordern die Landesregierung außerdem auf, die pädagogischen Bedingungen für Ganztagschulen spürbar zu verbessern. Das bedeutet konkret eine Abkehr von Offenen oder Teilgebundenen Ganztagschulen hin zur Gebundenen Ganztagschule für jede Allgemeinbildende Schule, so dass für alle Schülerinnen und Schülern an fünf Tagen in der Woche ein verlässliches Bildungsangebot bereit steht.

Sprachförderung weiter ausbauen und Hausaufgabenhilfe fortsetzen

Die Sprachförderung in den Kindertagesstätten hat die Sprachkenntnisse der angehenden Grundschülerinnen und -schüler spürbar verbessert. Fast 90 % der Kitakinder können mit ausreichenden Sprachkenntnissen eingeschult werden. Wir wollen uns damit jedoch nicht zufrieden geben: Unser Ziel ist, dass alle Kinder mit guten Sprachkenntnissen ihre Schulzeit beginnen können, denn gute Sprachkenntnisse sind entscheidend für den Schulerfolg. Deshalb werden wir prüfen, wie die Sprachförderung an den Kitas noch weiter verbessert werden kann. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass alle Kinder ab 3 Jahren eine Kita besuchen. Wir fordern die Landesregierung auf, ihre Sprachförderung für Kitakinder endlich von den Grundschulen auf die Kitas zu übertragen. Die Sprachförderung wird durch die bisherige Praxis unnötig erschwert und zersplittert.

Wir werden die Hausaufgabenhilfe im Rahmen des Ganztagschulprogramms massiv auszubauen und junge Schülerinnen und Schüler auch durch die zahlreichen Kinder- und Jugendtreffs für diese Altersgruppe fördern.

Von der Integration zur Inklusion

Wir wollen, dass die besonderen Bedürfnisse und Fähigkeiten aller Kinder in der Arbeit von Kindertagesstätten und Schulen berücksichtigt werden. Durch individuelle Förderung des Einzelnen trägt das Bildungssystem dazu bei, dass die Gesellschaft zusammengehalten wird. Dieses ist der Anspruch von Inklusion, den wir umfassend und in allen Lebensbereichen verwirklichen wollen.

Wir wollen, dass das Thema Inklusion endlich den Stellenwert einnimmt, der ihr nicht erst seit der Ratifizierung der entsprechenden UN-Konvention durch die Bundesrepublik Deutschland zusteht. Das heißt, wir wollen Inklusion umfassend und in allen Lebensbereichen verwirklichen.

Dazu gehört, dass Kinder mit und ohne Beeinträchtigungen zusammen aufwachsen und zusammen leben und lernen können, in der Krippe, in den Kindertagesstätten und in der Schule. Dabei müssen die besonderen Bedürfnisse und Fähigkeiten aller Kinder im pädagogischen Konzept und im Kita- und Schulalltag berücksichtigt werden. Die individuelle Förderung des Einzelnen ist der Kernbestandteil dieser Konzeption.

Wir werden die Zahl der integrativen Kitaplätze bedarfsgerecht erhöhen und inklusiv ausrichten. Dies wird eine besondere Herausforderung, da es hierfür noch keine belastbaren Rahmen- und Finanzierungsbedingungen seitens des Landes gibt.

Gleiches gilt für die Inklusion in Schulen. Wir werden unseren kommunalen Teil dazu beitragen, sind aber auf die Unterstützung und entsprechende Ausrichtung und Vorgaben der Schulpolitik der Landesregierung angewiesen. Hier sehen wir dringenden und deutlichen Handlungsbedarf. Zusammen mit der Stadt Hannover haben wir den ersten Schritt getan und zusammen mit der Region Hannover und dem Land Niedersachsen eine Kommission gegründet, um die Voraussetzungen zur Umsetzung einer inklusiven Beschulung verbindlich zu klären und festzulegen. Wir hoffen baldmöglichst auf konkrete und umsetzbare Ergebnisse. Grundlage aller Bestrebungen zur Inklusion ist die Verwirklichung von Barrierefrei-

heit. Deshalb folgen wir dem Grundsatz, dass bei umfassenden Sanierungs- und Neubaumaßnahmen die Barrierefreiheit Schulen umgesetzt werden muss. Wir wollen im ersten Schritt erreichen, dass in jedem Stadtbezirk mindestens eine Schule je Schulform für Mobilitätseingeschränkte Barrierefreiheit bietet. Die Behindertenbeauftragte der Stadt Hannover wird dazu bei allen Baumaßnahmen beteiligt. Aufgrund des Schul- und Kitasanierungsprogramms haben wir in Bezug auf Barrierefreiheit bereits große Fortschritte erzielt.

Für uns steht fest, dass schulische Inklusion kein Lippenbekenntnis sein darf. Daher erwarten wir, dass die Landesregierung bei der Umwandlung von Förderschulen zu Förderzentren keine Einsparungen vornimmt, sondern die Betreuungsschlüssel von förderbedürftigen Kindern in Regelschulen beibehält oder verbessert.

Eine solidarische Gesellschaft darf auch die Menschen mit Schwerstbehinderungen nicht aus den Augen verlieren. Wir setzen uns deshalb für entlastende Betreuungsangebote, sowie Freizeit- und Ferienangebote für schwerstbehinderte und betreuungsintensive Kinder ein.

Weil Inklusion nicht an der Kita- oder Schultür endet, werden wir die Diskussion in der Stadtgesellschaft intensivieren. Die konsequente Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen an allen Bereichen gesellschaftlichen Lebens ist für uns selbstverständlich (siehe Kapitel »Solidarische Stadt«).

Kooperation von Schule und Wirtschaft stärken – Übergang in Ausbildung fördern

Die Kooperationen zwischen Schule und örtlicher Wirtschaft wollen wir weiter verstärken. Wir wünschen uns, dass alle weiterführenden Schulen konkrete Kooperationsbeziehungen zu Unternehmen haben, um den Praxisbezug der Schule zu verbessern und den jungen Menschen frühzeitig direkte Einblicke in das Berufsleben zu ermöglichen. Angesichts des drohenden Fachkräftemangels werden solche Kooperationen immer wichtiger.

Wir wollen den Übergang aus der Schule in Ausbildung aktiv unterstützen. Wir werden deshalb das Projekt »Übergangsmanagement«, das zusammen mit allen relevanten Arbeitsmarktpartnern entwickelt worden ist und insbesondere die Ausbildungschancen von benachteiligten Jugendlichen verbessern soll, fortsetzen.

Weiterbildung und Erwachsenenbildung – zweite Chance ermöglichen

Das Weiterbildungsangebot in der Stadt soll sich sowohl am individuellen als auch am gesellschaftlichen Bedarf orientieren. Im Bereich der Erwachsenenbildung verfügt die Stadt mit der Volkshochschule (VHS) und dem Bildungsverein über Bildungseinrichtungen, die sich gut ergänzen. Ein Schwerpunkt sollen auch in Zukunft Kurse sein, in denen der Hauptschul- oder Realschulabschluss nachgeholt werden kann (so genannte »Zweite Chance«), diese sollen bedarfsgerecht ausgebaut werden. Die VHS als größte Einrichtung der Erwachsenenbildung in Hannover soll an ihrem neuen Standort am Hohen Ufer als Zentrum für kulturelle und politische Bildung und als Ort der Begegnung der Kulturen weiterentwickelt werden. Kooperationen zwischen dem historischen Museum und der VHS werden gefördert.

Bildungspartnerschaft pflegen

Die Bildungspolitik hat sich in den vergangenen Jahren deutlich weiterentwickelt. Der Diskurs mit Schulleitungen, Vertretern des Stadt- und Regionselternrates, mit Schülerinnen und Schülern und anderen Beteiligten liegt uns am Herzen und wird auch zukünftig intensiv gepflegt. Viele unserer Erfolge sind auch die Erfolge unserer zahlreichen Gesprächspartnerinnen und -partner!

Wir finden in Hannover eine facettenreiche Landschaft von Partnern im Bildungswesen vor. Das reicht von der Leseförderung, der Volkshochschule und den Sozialverbänden über den Bildungsverein bis zu den Bildungswerkstätten der Gewerkschaften. Berufstätige wie ehrenamtlich Tätige arbeiten dabei häufig Hand in Hand. Dafür sind wir dankbar und sehen darin eine sehr gute Grundlage für eine weitere gemeinsame Zusammenarbeit.

Als gemeinsame bildungspolitische Aufgaben sehen wir in Hannover insbesondere

- die Förderung interkultureller Kompetenzen,
- die stärkere Einbindung von Eltern mit Migrationshintergrund in den Schulalltag und die schulischen Gremien,
- die gezielte Unterstützung von Migrantinnen und Migranten und der Abbau von Diskriminierungen im Bildungswesen,
- Angebote für gesundes Mittagessen in den Schulen zu erschwinglichen Preisen.

3. Familien stärken

Familie ist für uns dort, wo Kinder sind und wo Lebenspartner oder Generationen füreinander eintreten. Unser Familienbild orientiert sich an der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Wir wollen den Menschen kein bestimmtes Lebensmodell vorschreiben. Familien mit Kindern prägen Hannover als lebendige Stadt. Ein Viertel der Familien sind Alleinerziehende.

Hannover ist attraktiv für Familien – die Stadt wächst und mit ihr die Zahl der Kinder - aktuell leben in Hannover rund 77.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre. Allein in der Altersgruppe bis 6 Jahre leben rund 17.000 Kinder, das sind rund 1.300 Kinder mehr als noch 2007.

Bei aller Vielfalt von Familie nehmen wir das Zusammenleben mit Kindern besonders in den Blick. Wir wollen die individuellen Entwicklungschancen von Kindern verbessern – sie sollen als Erwachsene eigenständig und selbstbestimmt leben und sich versorgen können, aktiver Teil der Gesellschaft sein – denn sie sind die Zukunft und werden sie gestalten. Hierzu brauchen Kinder gute Startbedingungen, insbesondere gute Bildungsangebote sowie Rückhalt und Erziehung in ihrer Familie. Dort wo Familien nicht ausreichend Möglichkeiten und Kraft haben, um ihre Kinder hier zu tragen, wollen wir sie stärken und mit Angeboten erreichen, die sie ohne große Hürden aufgreifen können. Dazu gehört auch der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt und Vernachlässigung.

Wir wollen Freiraum schaffen für positives Miteinander in den Familien durch Unterstützung und Stärkung »wenn es mal schwierig ist«: Entlastung, Klärung, Druck wegnehmen, Lösungswege finden und damit Perspektiven öffnen.

Und wir wollen Freiraum schaffen, damit Mütter und Väter erwerbstätig sein können ohne sich zwischen den Anforderungen ihrer Familien und der Arbeitswelt zerreißen zu müssen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist außerdem wichtig für auskömmliche Familieneinkommen sowie für Alterssicherung und weitere Fortschritte in der Gleichberechtigung der Geschlechter.

Was wünschen sich Familien? Was brauchen Familien? Familien wünschen sich eine lebenswerte Stadt und hohe Lebensqualität in den Stadtteilen. Sie wünschen sich gute Schulen und Teilhabe an Freizeit- und Kultur und Chancengleichheit bei der Bildung. Diese Wünsche und Bedürfnisse sind Grundlage unserer Bildungs-, Wohnungs-, Stadtentwicklungs- und Kulturpolitik (siehe dazu auch die entsprechenden Fachkapitel!

In der aktuellen Ratsperiode haben wir für die Familien in Hannover viel erreicht:

- Wir haben die Kinderbetreuung weiter ausgebaut und die Weichen für einen weiteren massiven Krippenausbau gestellt. Inzwischen stehen insgesamt mehr als 22.000 Betreuungsplätze (Krippe, Kindergarten, Hort, Tagespflege) zur Verfügung. Bei den ein- bis dreijährigen Kindern haben wir eine Betreuungsquote von rund 30 % erreicht, bei den 3-6-Jährigen eine Betreuungsquote von annähernd 100 %.

- Rund 90 % der Krippen- und Kitaplätze sind Ganztags- oder 6-Stunden-Plätze. Damit gehört Hannover zur Spitzengruppe unter den westdeutschen Großstädten.
- Mehr als 40% der Kinder besuchen unsere Einrichtungen beitragsfrei.
- 21 Kitas haben wir zu Familienzentren mit zusätzlichen Angeboten für Elternbildung weiterentwickelt. Diese Familienzentren haben bundesweit Vorbildcharakter.
- Wir haben die Sprachförderung in den Kitas massiv ausgebaut und damit die Einschulungschancen von Kindern mit Migrationshintergrund deutlich verbessert.
- Wir haben 200 zusätzliche Hortplätze geschaffen und 15 Grundschulen zu Ganztagsgrundschulen gemacht.
- Wir haben in Schwerpunktkitas eine dritte Fachkraft finanziert und einen Vertretungspool für die Elterinitiativen aufgebaut.
- Wir haben den Einsatz von Familienhebammen ausgeweitet.

Für die neue Ratsperiode setzen wir folgende Schwerpunkte: Bedarfsgerechter Ausbau der Krippenplätze und Kitaplätze

Hannover erfreut sich eines enormen Bevölkerungszuwachses bei den Kleinsten. Die SPD wird dafür sorgen, dass für diese auch ein bedarfsgerechtes Kinderbetreuungsangebot zur Verfügung steht. Wir werden bis 2013 mindestens 1.200 zusätzliche Krippenplätze schaffen. Damit werden wir eine Betreuungsquote bei den Ein- bis Dreijährigen von rund 60 Prozent und ein nach unseren derzeitigen Schätzungen bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für diese Altersgruppe schaffen.

Wir werden auch 800 neue Kitaplätze schaffen, um weiterhin eine Versorgungsquote von 100 % zu gewährleisten. Ein weiterer Ausbau der Ganztagsgrundschulen ist ebenfalls ein wichtiger Schwerpunkt der nächsten Ratsperiode (siehe Kapitel »Bildung«).

Neben den klassischen Kitas und Krippen haben die Familienzentren hohe Bedeutung, um junge Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder zu unterstützen und zu stärken. Wir werden in den nächsten fünf Jahren die bisher 21 Familienzentren um mindestens weitere zehn ergänzen.

Wir wollen die Vergabe von Kinderbetreuungsplätzen vereinfachen und weiterentwickeln, aber keine zentrale Platzvergabe. Eltern sollen zukünftig nicht mehr von Einrichtung zu Einrichtung laufen müssen, um am Ende endlich einen Platz zu erhalten. Wir wollen in Zukunft eine stadtweite Koordinierung der Platzvergabe und werden trotzdem sicher stellen, dass die individuellen Wünsche zu Kitas, Betreuungskonzepten und ortsnahe Betreuung nicht verloren gehen.

Mehr Qualität in der Kinderbetreuung

Die SPD Hannover legt Wert auf eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung und verbindet damit gute Bildungschancen für alle Kinder, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Bereits in der aktuellen Ratsperiode wurden verschiedene Maßnahmen getroffen, um diesem Anspruch gerecht zu werden. Diese müssen auch in den kommenden fünf Jahren weiter ausgebaut werden. Wir streben an, dass es in allen Krippen- und Krabbelgruppen eine dritte Betreuungsfachkraft gibt. Für die größeren Kindertages-

stätten wollen wir eine Verwaltungsfachkraft finanzieren, so dass die pädagogischen Fachkräfte sich auf die Bildung und Betreuung der Kinder konzentrieren können. Eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung ist das wesentliche Element zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hierzu gehört eine bedarfsgerechte Ausweitung der Betreuungszeiten der Krippen und Kitas. Wir werden sämtliche Halbtags-Gruppen, bei denen es die Eltern wünschen, zu Dreiviertel- oder Ganztags-Kitaplätzen umwandeln. Gute Erfahrungen konnten wir auch mit den verlängerten und flexiblen Öffnungszeiten über den Ganztagsbetrieb hinaus machen. Diese Modelle werden wir weiter ausweiten.

Inklusion ist seit der UN Konvention in aller Munde. Die SPD Hannover wird sich dafür einsetzen, dass die gesamte kommunale Kinderbetreuung (Krippe, Kita, Hort etc.) sich von der Integration hin zur Inklusion entwickelt. Kinder mit und ohne Beeinträchtigungen sollen zusammen in den Kitas betreut werden.

Für viele Eltern sind die Ferien jedes Jahr neu eine große Herausforderung. Wir werden deshalb die wohnortnahe Ferienbetreuung unter der Beachtung von Qualität, Verlässlichkeit und Finanzierbarkeit weiter entwickeln.

Kompetenzen von Eltern stärken

Die wichtigsten Akteure für die Zukunftschancen der Kinder und Jugendlichen sind ihre Eltern. In der vergangenen Ratsperiode haben wir bereits gute Erfahrungen mit dem Ausbau der Elternbildung gemacht. Es wurden Konzepte der aufsuchenden Elternarbeit (z.B. Begrüßungsbesuche) modellhaft ausprobiert. Elternbildungskonferenzen brachten interessante Ergebnisse und bei den Hilfen zur Erziehung wurden neue Wege beschritten.

Wir werden diese Ansätze fortführen und weiterentwickeln. Zur Stärkung von Elternkompetenzen werden auch die Familienhebammen gestärkt und die Programme zu den Stadtteilmüttern und die »Rucksackprogramme« zur Sprachförderung ausgeweitet.

Insgesamt wollen wir Eltern mit Migrationshintergrund noch besser erreichen. Hier sollen neue Konzepte in den nächsten Jahren entwickelt werden, bei dem die Mehrsprachigkeit der Angebote/Materialien nur ein Anfang sein werden.

Schutz vor häuslicher Gewalt und Vernachlässigung

Wir wollen Kinder und Jugendliche vor häuslicher Gewalt und Vernachlässigung schützen. Dazu braucht es ein aufmerksames Umfeld, aber auch eine präventiv und konsequent agierende Jugendhilfe. Bei allen Maßnahmen muss das Wohl des Kindes im Vordergrund stehen. Wir wollen, dass die Verwaltung zusammen mit ihren Partnern bei Verbänden und Trägern dazu ein präventiv ausgerichtetes Handlungskonzept entwickelt.

Interessen der Kinder und Jugendlicher unterstützen

Die hannoversche SPD legt viel Wert auf Kinder- und Jugendbeteiligung. Um die Interessen von Kinder und Jugendlichen mit einbinden zu können, werden die vorhandenen Konzepte weiterentwickelt.

Die Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit müssen in den Stadtteilen bedarfsgerecht ausgebaut werden. Dabei müssen die Bedürfnisse von Jungen, Migranten und Kinder/Jugendlichen mit Beeinträchtigung besonders berücksichtigt werden. In der heutigen modernen Internetgesellschaft sind gerade Jugendliche in besonderer Weise auch von den Gefahren der neuen Medien betroffen, z.B. Datenmissbrauch, Mobbing, Spielsucht. Wir wollen die Medienkompetenzen von Kinder und Jugendlichen stärken und Maßnahmen ergreifen.

4. Solidarische Stadt – Hannover hält zusammen

Wir stehen für eine solidarische Stadtgesellschaft. Das heißt für uns konkret: Wir wollen allen Bürgerinnen und Bürgern in Hannover die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen, unabhängig vom Einkommen, von der Herkunft, vom Bildungsstand und vom Alter. Wir wollen den Zusammenhalt in Hannover stärken und eine Spaltung zwischen arm und reich der Stadtgesellschaft und in den Stadtteilen vermeiden. Wir wollen helfen, Arbeitslosigkeit vermeiden, Wohnraum zu finden, Obdachlosigkeit zu vermeiden sowie gute Pflege bereitstellen und Sucht bekämpfen. Wir wollen Inklusion in allen Lebensbereichen verwirklichen und dabei Vorreiter sein. Wir wollen – soweit dies mit Mitteln der Kommunalpolitik möglich ist - Vereinzelung und Vereinsamung entgegenwirken.

Die Wirklichkeit sieht oft anders aus. Deshalb bedeuten diese Ziele zugleich auch eine große Herausforderung: Bundesweit ist in den letzten Jahren durch die deutliche Zunahme prekärer Beschäftigung die Ungleichheit bei Arbeitsbedingungen und Einkommen gestiegen. Diese Entwicklung ist auch an Hannover nicht vorbei gegangen. Besonders betroffen sind gering qualifizierte Menschen, Ältere und Migrantinnen und Migranten. Außerdem gibt es auch in Hannover Kinderarmut, vor allem dort, wo Eltern seit Jahren arbeitslos, perspektivlos und hilfebedürftig sind.

Für uns ist klar, dass wir Solidarität und soziale Gerechtigkeit nicht allein auf kommunaler Ebene und durch eine gute soziale Infrastruktur erreichen können. Wir brauchen dabei Unterstützung durch eine sozial gerechtere Bundes- und Landespolitik, z.B. durch die flächendeckende Einführung von Mindestlöhnen und faire Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt insbesondere gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit unabhängig von Geschlecht, Alter und Herkunft. Eine solidarische Stadtgesellschaft ist allein mit guter Politik nicht erreichbar: Solidarität, Zusammenhalt und gute Nachbarschaft müssen tagtäglich von den Bürgerinnen und Bürgern gelebt werden.

Solidarität und soziale Gerechtigkeit, diesen Zielen sind wir verpflichtet und haben in der vergangenen Ratsperiode viel erreicht:

- Mit der Einführung des Hannover-Aktiv-Passes und den damit verbundenen Vergünstigungen haben wir Bürgerinnen und Bürgern ohne ausreichendes Erwerbseinkommen und ihren Kindern den Besuch von Museen, Theatern und sonstigen Kultureinrichtungen sowie die kostenfreie Mitgliedschaft in Sportvereinen und die Wahrnehmung von Bildungsangeboten ermöglicht.
- Wir haben die soziale Infrastruktur, z.B. die Wohnraumhilfe, die städtischen Pflegeheime, die Drogenhilfe, die städtische Beschäftigungsförderung, die Heime für Obdachlose und Flüchtlinge trotz schwieriger Finanzlage aufrecht erhalten und veränderten Bedarfen angepasst.
- Wir haben ein Winternotprogramm für Obdachlose umgesetzt, das sich schon im ersten Winter bewährt hat.
- Wir haben die Finanzierung der fünf Nachbarschaftstreffs gesichert und fördern damit Hilfe zur Selbsthilfe, ehrenamtliches Engagement im Wohnquartier und die Bildung aktiver Nachbarschaften.

- Wir haben uns zur Deklaration von Barcelona bekannt und mit dem Ausbau integrativer Kitaplätze, der barrierefreien Sanierung von Schulen und Kitas, dem barrierefreien Ausbau des ÖPNV weitere Fortschritte erzielt.
- Wir haben das Freiwilligenzentrum gefördert und ein Konzept zur Stärkung und Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements umgesetzt, das für Ehrenamtliche vielfältige Vergünstigungen vorsieht.
- Hannover war Pilotkommune für das Diamorphin-Projekt, um mit sozialpädagogischer Begleitung Drogenabhängigen zusätzliche Ausstiegsperspektiven zu geben. Inzwischen konnte eine bundesweite Dauerförderung durchgesetzt werden.
- Wir unterstützen Jugendliche beim Übergang von der Schule in Ausbildung durch Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze in der Stadtverwaltung und fördern Qualifizierungsprojekte für Jugendliche.
- Wir haben Geringverdienerhaushalte durch Energiesparberater dabei unterstützt, ihre Energiekosten zu senken und bei den Stadtwerken ein Konzept zur Vermeidung sozialer Härten bei Strom- und Gassperren erreicht.

Für die neue Ratsperiode setzen wir folgende Schwerpunkte:

Teilhabe ermöglichen

Der Hannover-Aktiv-Pass hat sich bewährt und wird gut in Anspruch genommen. Er bietet nicht nur zahlreiche Vergünstigen bei städtischen Einrichtungen, sondern durch Kooperation mit der Region bei Nutzung des ÖPNV und neuerdings auch beim Eintritt in den Zoo. Wir werden den Empfängerkreis auch auf Geringverdiener, z.B. Wohngeldempfänger ausweiten. Auch in Zukunft gilt: Freitags ist der Eintritt für alle Bürgerinnen und Bürger in den städtischen Museen frei.

Kinderarmut bekämpfen

Jedes dritte Kind in unserer Stadt ist von Kinderarmut betroffen oder bedroht. Dieser Anteil ist für eine Großstadt zwar nicht ungewöhnlich, aber für uns nicht hinnehmbar. Bei der Bekämpfung von Kinderarmut geht es neben dem Gerechtigkeitsgedanken auch um die Zukunftsfähigkeit Hannovers. Wir brauchen alle Kinder, ihre Potenziale dürfen nicht durch die Auswirkungen von Armut verloren gehen.

Ein wichtiges Mittel ist der Hannover-Aktiv-Pass. Dazu gehören aber auch vergünstigte Ferienangebote, der Ferienpass oder die kostenfreie Mitgliedschaft in Sportvereinen. Wir werden die Ausweitung des Hannover-Aktiv-Passes prüfen, nicht nur in Bezug auf den anspruchsberechtigten Personenkreis (z.B. Kinder von Eltern mit geringem Einkommen), sondern in Bezug auf die Leistungen.

Die SPD Hannover wird dafür Sorge tragen, dass alle Kinder mit Hannover-Aktiv-Pass für einen Euro am Tag ein Mittagessen in hannoverschen Bildungseinrichtungen erhalten. Außerdem werden wir die Sprachförderung und die Projekte zur kulturellen Bildung und Teilhabe ausbauen (siehe Kapitel »Familien in Hannover« und »Gute Bildung«)

Niedrigschwellige Bildungsangebote, wie Nachbarschaftstreffs, Eltern-Treffs und Hausaufgabenhilfe sind für die SPD wichtige Möglichkeiten, um Kinderarmut entgegen zu wirken. Aber auch die hannoverschen Strategien gegen Jugend- arbeitslosigkeit werden von der SPD in den nächsten fünf Jahren fortentwickelt.

Inklusion umfassend verwirklichen

Wir wollen, dass das Ziel der Inklusion - Chancengleichheit, Barrierefreiheit, Teilhabe und selbstverständliches Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen - in allen Bereichen des städtischen Lebens umgesetzt wird. Dazu gehören z.B. die gemeinsame Betreuung in Krippen und Kindertagesstätten, in den Schulen, die Möglichkeit einer Berufsausbildung und Teilhabe am ersten Arbeitsmarkt. Wir werden die Verwaltung mit der Erarbeitung eines umfassenden kommunalen Handlungsprogramms beauftragen, da das Thema Inklusion eine Querschnittsaufgabe ist. Notwendig ist auch ein öffentlicher, gesellschaftlicher Diskurs zur Frage, wie wir Inklusion erfolgreich verwirklichen können. Dabei sollen auch Verbände und Vereine einbezogen werden. (siehe auch Kapitel »Bildung - ohne Wenn und Aber«).

Ferner soll die Stadtverwaltung prüfen, wie sie mehr Menschen mit Behinderungen in der Verwaltung beschäftigen oder auch Behinderteneinrichtungen beauftragen kann. Einsatzfelder werden z.B. auch bei der weiteren Schaffung von Schulmensen gesehen.

Wir werden unabhängige Beratungs- und Selbsthilfeeinrichtungen fördern und einen Inklusionspreis für entsprechend engagierte Unternehmen ausloben.

»Freiwillig in Hannover« – Bürgerschaftliches Engagement fördern

»Frage nicht, was Dein Land für Dich tun kann. Frage, was Du für Dein Land tun kannst.« Im Sinne dieses berühmten Ausspruches von John F. Kennedy packen viele Hannoveranerinnen und Hannoveraner zu, wenn es darum geht, das Umfeld zu gestalten, in der Freiwilligen Feuerwehr den Brandschutz sicher zu stellen, in sozialen und kirchlichen Einrichtungen freiwillig zu helfen, einsamen Menschen mit Besuchern auf vier Pfoten zu erfreuen, in der Hospizarbeit schwerkranke Menschen zu betreuen, sich in den vielen Sportvereinen zu engagieren, jungen Menschen als Ausbildungspaten den Weg in Ausbildung und Berufstätigkeit zu ebnen oder Kindern die Freude am Lesen zu bringen, Neubürgerinnen und -bürger für Hannover und seine schönsten Seiten zu begeistern. Ohne das vielfältige bürgerschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger wäre auch das Gemeinwesen in Hannover nicht denkbar. Auch die Arbeit in den Kultur- und Nachbarschaftstreffs, in Kulturvereinen und in den freien Theatern wäre ohne das Engagement um einiges ärmer.

Hannover ist eine Stadt des bürgerschaftlichen Engagements und der Selbsthilfe! Mit dem »Netzwerk Bürgermitwirkung«, dem Freiwilligenzentrum Hannover, der Bürgerstiftung Hannover sowie den Stadtteilstiftungen Sahlkamp-Vahrenheide, Linden-Limmer sowie Südstadt-Bult, Unternehmensengagement, Tauschbörsen und vielem anderen mehr demonstriert die hannoversche Bürgerschaft ihr großes Engagement von Menschen für Menschen in unserer Stadt. Die Selbsthilfekontaktstelle KIBIS ist seit 25 Jahren zentraler Anlaufpunkt aller Selbsthilfeaktivitäten, der Hannoversche Selbsthilfetag ist aus dem Stadtgeschehen nicht mehr wegzudenken.

Wir werden das vielfältige bürgerschaftliche Engagement in der Stadt auch zukünftig finanziell unterstützen, z. B. das Freiwilligenzentrum und die Gründung weiterer Stadtteilstiftungen. Engagement benötigt auch bestimmte Kompetenzen. Wir unterstützen daher die Aus- und Weiterbildung durch die Volkshochschule und

andere Bildungsträger. Wir wollen, dass bürgerschaftliches Engagement als Kriterium bei Bewerbungen bei der Stadtverwaltung und den städtischen Unternehmen und Beteiligungen positiv berücksichtigt wird. Für die Nachwuchsgewinnung ist es unerlässlich, dass bürgerschaftliches Engagement bereits in der Schule eingeübt wird. Gerade die Projektarbeit in den Ganztagschulen bietet hierfür guten Raum.

Unsere freiwillig Engagierten und Ehrenamtlichen verdienen dafür besondere Anerkennung. Mit dem »Konzept für Formen der Anerkennung von bürgerschaftlichem Engagement« haben wir 2009 einen umfassenden Grundstein gelegt. Wir wollen dafür sorgen, dass Engagement in seiner ganzen Bandbreite mit Kompetenznachweisen, Ehrenamtskarten mit Vergünstigungen in Schwimmbädern, Theatern, Museen und Kultureinrichtungen, der Verleihung des Leinesterns für besonders vorbildliches Engagement durch das Freiwilligenzentrum und weiteren Auszeichnungen eine angemessene Anerkennung erfährt. Auch der 2010 eingerichtete »Förderfonds zur Anerkennungskultur« erweist sich als Erfolgsmodell und soll fortgesetzt werden. Dazu gehören auch die von vielen Stadtbezirksräten verliehenen Ehren- und Bürgerpreise für ausgezeichnetes Engagement in den Stadtteilen.

Wir wollen den Internationalen Tag der Freiwilligen am 5. Dezember eines Jahres aktiv für die Förderung des Engagements, die Verbesserung der Rahmenbedingungen und den Austausch der Engagierten untereinander nutzen.

Auf gute Nachbarschaft! Das Zusammenleben in den Stadtteilen weiter stärken

Das Leben der Bürgerinnen und Bürger findet vor allem in den Stadtteilen statt. Gute Nachbarschaft und bürgerschaftliches Engagement wollen wir auch in Zukunft durch die zahlreichen Kulturtreffs, Nachbarschaftstreffs und Seniorentreffs fördern. Diese Einrichtungen müssen allen interessierten Gruppen offenstehen und dürfen neue Nutzerinnen und Nutzer nicht ausgrenzen. Mit Unterstützung der Stadt- und Sozialplanung sollen diese Einrichtungen bedarfsgerecht weiterentwickelt werden und die Kooperation mit anderen sozialen Trägern und Einrichtungen, z.B. auch den Gemeinden gepflegt werden.

Durch ein »Fest der Nachbarschaften« anlässlich des »European Neighbours Day« wollen wir den Gedanken der Nachbarschaft zukünftig einmal im Jahr mit einer besonderen Aktion in alle Stadtteile tragen.

Soziale Wohnraumpolitik fortsetzen

Wir werden unsere soziale Wohnraumpolitik fortsetzen. Dazu gehört vor allem die weitere Finanzierung von Aufwendungszuschüssen, die soziale Wohnbegleitung und das Städtische Wohnungsunternehmen GBH mit seinen 13.000 Wohnungen. Deshalb werden wir die GBH nicht verkaufen. (siehe auch Kapitel »Hannover 2020plus«)

Bekämpfung der Obdachlosigkeit

Die Bekämpfung der Obdachlosigkeit und die Herausforderung an den Umgang mit den obdachlosen Menschen ist eine sich immer neu stellende Aufgabe. Seit 15 Jahren betreibt die Landeshauptstadt eine sehr erfolgreiche Politik und hat die

Obdachlosenzahl nachhaltig senken können. Dazu beigetragen haben das Programm »Neukonzeption der Unterkünfte«, dezentrale Unterbringung, soziale Betreuung und eine nachhaltige Sanierung der letzten verbleibenden Unterkünfte. Für diejenigen, die es trotz aller Angebote noch auf der Straße hält, wurde ein neues Nachtquartier in der Wörthstraße eingerichtet. Dadurch konnte der umstrittene Bunker Welfenplatz geschlossen werden. Außerdem haben wir ein Winternothilfeprogramm umgesetzt, das in der kalten Jahreszeit die Menschen auf ihrer »Platte« abholt und versorgt. Angebote wie Lebensmittelausgaben und Suppenküchen ergänzen das niedrighschwellige Angebot.

Hannover als lebenswerte Stadt für Seniorinnen und Senioren gestalten

Rund ein Viertel der Menschen in Hannover ist älter als 60 Jahre. Sicher ist, dass der Anteil der Älteren in der Stadtbevölkerung in den nächsten Jahren weiter zunehmen wird. Der Erfahrungsschatz der Älteren und ihr aktives Engagement für die Bürgerschaft der Stadt sind wertvolle Beiträge für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir wollen dieses unterstützen.

Dank sozialdemokratischer Politik hat Hannover mit dem kommunalen SeniorenService ein modernes und bedarfsgerechtes Angebot in der Seniorenarbeit. Darauf wollen wir aufbauen mit attraktiven Angeboten der offenen Seniorenarbeit, mit dem Erhalt der Seniorentreffs in den Stadtteilen und mit dem ehrenamtlichen Handwerkerservice IKEM. Mit Hilfe der Nachbarschaftstreffs wollen wir auch aktive Nachbarschaften fördern, die sich gegenseitig helfen.

Die wachsende Zahl von Seniorinnen und Senioren fordert die Politik in besonderer Weise. Dank guter Naherholungsmöglichkeiten und dank des guten Angebots von Bahnen und Bussen bietet Hannover gerade älteren Menschen eine hervorragende Infrastruktur. Eine zentrale Aufgabe der kommenden Jahre wird es sein, gerade die kurzen Wege im Stadtteil zu sichern. Dazu gehören Einkaufsmöglichkeiten und Ärzteversorgung vor Ort sowie die Treffpunkte der Generationen, zu denen wir unsere zahlreichen Stadtteilplätze bewusst gestalten wollen.

Die große Herausforderung der kommenden Jahre wird es sein, menschenwürdiges Altern zu ermöglichen. Wer älter wird und auf Unterstützung oder Pflege im Alltag angewiesen ist, will und soll möglichst lange in seinen vertrauten vier Wänden bleiben können. Zugleich ändern sich aber die Wohnbedürfnisse im Alter. In Kooperation mit der Wohnungswirtschaft werden wir das Wohnangebot barrierefrei und seniorenrecht ausbauen. Dazu gehört, der Aufbau von Wohngemeinschaften oder anderen gemeinschaftlichen Wohnformen als Baugemeinschaft oder als Mietmodell, in denen pflegebedürftige Ältere ihren Alltag aktiv und selbstbestimmt gestalten können.

Viele Ältere erhalten im Alltag die Unterstützung ihrer nächsten Angehörigen. Um dieses zu unterstützen wollen wir in der Stadtverwaltung wie in den städtischen Unternehmen systematisch die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege verwirklichen. Wir wollen zugleich die Angehörigen aber auch entlasteten. Wer einen Pflegefall in der Familie hat, soll sich auf die Solidarität der Gesellschaft verlassen können. Dazu gehört auch der verstärkte Einsatz von Alltagsbegleitern – auf ehrenamtlicher Basis oder im Rahmen von Bürgerarbeit - für die wir uns stark machen.

Wir werden dessen ungeachtet einen Ausbau von ambulanten und stationären Einrichtungen der Tagespflege vornehmen. Ein ausgebautes Netz von Pflegeberatungsstellen, das in Verantwortung der Pflegekassen liegt, ist ebenso unerlässlich wie eine Modernisierung der städtischen Pflegeheime, einschließlich Einrichtung weiterer stationärer Wohngemeinschaften.

Wir brauchen qualifizierte Fachkräfte in der Pflege und kompetente Angebote der Stadt Hannover, auch um die Angehörigen zu entlasten. Gute Pflege braucht qualifizierte Fachkräfte, gute Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung. Wir appellieren daher an die Landesregierung, landesweit die im Bundesvergleich viel zu niedrigen Pflegesätze für stationäre Pflegeheime auf ein angemessenes Niveau zu erhöhen.«

Aktive Gleichstellungspolitik fortsetzen

Soziale Gerechtigkeit bedeutet für uns auch die Verwirklichung von Gleichstellung der Geschlechter in allen Lebensbereichen nach dem Konzept des »gender mainstreaming«. Dieses Ziel haben wir bereits mit vielfachen Aktivitäten umgesetzt. Darauf wollen wir aufbauen. Das heißt für uns insbesondere:

- die systematische Umsetzung der »Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene«,
- die Arbeit des hannoverschen Frauenbüros, das von der SPD ins Leben gerufen wurde, fortsetzen und mit dem Ziel einer stärkeren Öffnung in die Stadt weiter aktiv begleiten,
- Gender Budgeting – also eine geschlechterbewusste Verteilung städtischer Finanzressourcen - im Rahmen des Neuen Kommunalen Rechnungswesens an Hand von bis zu zwei wesentlichen Produkten erproben,
- Öffentlichkeit herstellen für das Thema »Sexueller Missbrauch von Frauen mit Behinderungen«,
- die Interkulturelle Frauenarbeit weiterführen und
- die Gleichstellung von Lesben, Schwulen und Transgender weiter fördern.

Wir wollen eine angemessene Beteiligung von Männern und Frauen an Führungspositionen in den städtischen Unternehmen und deren Aufsichtsräten. Das heißt konkret: Frauen und Männer sollen jeweils mindestens 40 Prozent der Aufsichtsratsmandate in den städtischen Unternehmen besetzen. Dies wollen wir bereits 2012 für die von der SPD-Fraktion entsandten Mitglieder umsetzen. Um dieses Ziel für die Gesamtbesetzung der Aufsichtsräte zu erreichen, werden wir Gespräche mit den anderen Fraktionen im Rat, der Arbeitnehmerseite und den weiteren Anteilseignern führen. Für die Führungspositionen in den städtischen Unternehmen streben wir eine 40 Prozent-Quote von Frauen und Männern bis zum Jahr 2016 an und werden entsprechende Personalentwicklungskonzepte von den städtischen Unternehmen einfordern.

Die Städtische Beschäftigungsförderung neu ausrichten

Arbeitsvermittlung und Bekämpfung von Arbeitslosigkeit sind keine städtischen, sondern Aufgaben des Bundes. Dennoch wollen wir im Rahmen der städtischen Möglichkeiten zur Beschäftigungsförderung beitragen.

Mit dem Stützpunkt Hölderlinstraße und der Förderung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekten ist Hannover seit Jahrzehnten aktiver Partner der Arbeitsverwaltung. In diesem Jahr hat der Bund jedoch die Mittel für aktive Arbeitsförderung, darunter auch für die Arbeitsgelegenheiten, drastisch gekürzt. Auch vor diesem Hintergrund wollen wir die kommunale Beschäftigungsförderung neu ausrichten. Ziele der Neuausrichtung sind eine Fokussierung auf junge Menschen und deren Förderung bei Ausbildung und Berufseinstieg und die stabilisierende Beschäftigung (u.a. durch das Instrument Bürgerarbeit) von Älteren über 45 Jahre ohne direkte Jobperspektive auf dem ersten Arbeitsmarkt. Eine besondere Zielgruppe sollen auch Migrantinnen und Migranten sein, da diese weit überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Alle Maßnahmen sollen systematisch auf eine erfolgreiche Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet sein. Die Neuausrichtung soll in enger Abstimmung mit dem Jobcenter und den anderen Trägern der aktiven Arbeitsmarktpolitik geschehen.

5. Weltoffenes Hannover – Integration und Internationalität

Hannover ist als Metropole und Landeshauptstadt mit seiner Universität, den Hochschulen, den Herrenhäuser Gärten, den Kongressen und zahlreichen Messen eine internationale und weltoffene Stadt.

Ein internationales und weltoffenes Hannover bedeutet für uns ein Hannover ohne Diskriminierung unabhängig von ethnischer Herkunft oder Hautfarbe, religiöser Zugehörigkeit oder Weltanschauung, des Alters, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung oder einer Behinderung. Dies gilt auch für Diskriminierungen, die innerhalb der Migrantengruppen stattfinden.

Wir wollen, dass die Internationalität und Weltoffenheit Hannovers für alle Menschen in der Stadt positiv erlebbar wird. Die Internationalität der Bürgerinnen und Bürger stellt dabei aus unserer Sicht einen wichtigen Standortfaktor dar, den wir zukünftig noch stärker aktivieren wollen, z.B. durch Vertiefung der wirtschaftlichen Kontakte in die Herkunftsländer wie z.B. nach Südeuropa, nach Polen und in die Türkei. Die vielen multikulturell und zwei- oder sogar mehrsprachigen Hannoveranerinnen und Hannoveraner wollen wir stärker als bisher in ihren speziellen Kompetenzen anerkennen und fördern.

Die EXPO 2000 und die alljährlichen internationalen Messen haben das weltoffene, interkulturelle Gesicht Hannovers wesentlich geprägt und bestimmen die Lebensqualität seiner Einwohner. Für die niedersächsische Landeshauptstadt in der Mitte Europas ist die Vielfalt der Kulturen und das Verständnis für globale Probleme eine wichtige Bereicherung und Perspektive ihrer eigenen Entwicklung.

Internationale und europäische Partnerschaftsprojekte, ausländische Kulturinstitutionen (z. B. Chinesisches Zentrum/Konfuzius-Institut, Antenne Métropole), Städtepartnerschaften und die zahlreichen bilateralen Kultur- und Freundeskreise, nicht zuletzt die vielen tausend Wissenschaftler/Wissenschaftlerinnen und Studierenden aus aller Welt, die hierzu beitragen, müssen künftig noch stärker wahrgenommen und geschätzt werden. Gemeinsam mit ihnen wollen wir in einem Dialog Projekte und Maßnahmen entwickeln, die diese Internationalität der Stadt sichtbarer machen.

Wir brauchen auch eine Willkommenskultur, insbesondere für die Migrantinnen und Migranten, die seit vielen Jahren in Hannover leben und hier ihre Heimat gefunden haben. Mit der Einbürgerungskampagne und mit offiziellen Einbürgerungszeremonien leben wir diese Willkommenskultur.

Wir wünschen uns, dass das Miteinander und Vertrauen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern Hannovers mit und ohne Migrationshintergrund weiter wächst. Dies kann nicht verordnet und beschlossen werden, sondern ist Aufgabe aller: unter Nachbarn, in den Vereinen, in den Schulen, in den Kirchengemeinden und in den Verbänden. Dort müssen wir aufeinander zugehen.

Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunftskulturen prägt bereits heute das Stadtleben. In Hannover leben Menschen aus über 160 Nationen. Rund ein Viertel der Einwohnerinnen und Einwohner der Landeshauptstadt Hannover hat einen Migrationshintergrund, bei den jungen Menschen ist der An-

teil noch höher. Die meisten von ihnen wohnen seit Jahrzehnten hier oder sind in Hannover geboren und sind gut integriert. Sie sind ein fester, unverzichtbarer Teil unserer Stadtgesellschaft. Wir sehen die zugewanderten Menschen mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten und Talenten als Bereicherung für unsere Stadtgesellschaft, für die Wirtschaft und für die Politik.

Integration fordert immer beide Seiten. Wir stehen für eine Integrationspolitik, die nicht defizitorientiert, sondern chancen- und teilhabeorientiert ist. Gute Bildung, faire Chancen und faire Bezahlung auf dem Arbeitsmarkt sind die Schlüssel für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Eine erfolgreiche Integration ist ganz eng mit Aufstiegschancen und Aufstiegswillen von Migrantinnen und Migranten verbunden. Wir wollen Menschen mit Migrationshintergrund dabei aktiv unterstützen. Unsere Integrationspolitik folgt dem Leitmotiv »klare Regeln – faire Chancen«.

Wir stehen mit unserer aktiven Integrationspolitik nicht am Anfang, sondern haben in den vergangenen fünf Jahren bereits viel erreicht:

- Wir haben mit dem Lokalen Integrationsplan (LIP) ein umfassendes Konzept zur Verbesserung der Integration in allen Lebensbereichen auf den Weg gebracht und ein positives Integrationsklima in Hannover geschaffen. Integrationspolitik wird in Hannover als Querschnittsaufgabe gelebt und umgesetzt. Von der Kinder- und Jugendarbeit über soziale Themen, kulturelle Aktivitäten und Stadtteilkonzepte – das Thema von Migration und Integration steht überall auf der Tagesordnung. Die Erarbeitung und Umsetzung des LIP hat viele bislang ungeahnte Potenziale und Aktivitäten freigesetzt und den Dialog zwischen Migrantinnen, Migranten und Nichtmigranten deutlich verbessert.
- Wir haben eine flächendeckende Sprachförderung in den Kindertagesstätten eingeführt und die Mittel dafür kontinuierlich aufgestockt.
- Wir haben mit der Einrichtung von Familienzentren neue Angebote für die frühkindliche Bildung und zur Unterstützung junger Eltern, insbesondere mit Migrationshintergrund, geschaffen.
- Es gibt besondere Angebote für Existenzgründer mit Migrationshintergrund, einen Dolmetscherservice und eine gezielte Personalentwicklung in der Stadtverwaltung.
- Wir haben in fast allen Stadtbezirken Integrationsbeiräte eingerichtet, die mit vielfältigen Projekten die Integration in den Stadtteilen unterstützen.
- Wir haben zur Unterstützung besonderer Integrationsprojekte den »Gesellschaftsfonds Zusammenleben« mit einem Volumen von 500.000 Euro pro Jahr aufgelegt.

Wir sehen in den Migrantinnen und Migranten ein wichtiges Potenzial für Hannover. Es gibt aber auch Bereiche, wo Integration noch nicht zufriedenstellend verwirklicht ist. Wir sehen unsere Aufgabe darin, mit den Möglichkeiten der Kommunalpolitik die Integration und Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in Hannover in allen Bereichen zu fördern, insbesondere in den Bereichen Bildung, Wohnen, Arbeit und Soziales. Mit dem lokalen Integrationsplan haben wir dazu ein umfassendes Handlungskonzept vorgelegt.

Für die kommenden fünf Jahre setzen wir folgende Schwerpunkte:

Förderung von Kindern und Jugendlichen: Mittlerweile haben über 40 Prozent aller neugeborenen Kinder in Hannover einen Migrationshintergrund. Die Zukunft unserer Stadt hängt auch wesentlich von der Entwicklung dieser Kinder ab. Wir wollen diese Generation auf ihrem Weg zu guter Bildung und Ausbildung und zur gleichberechtigten Teilhabe am Leben in unserer Stadtgesellschaft unterstützen. Dazu werden wir die **Sprachförderung und Bildungsarbeit in den Kindertagesstätten** weiter verstärken (siehe auch Kapitel »Familien stärken«).

Wir werden die **mindestens 10 weitere Familienzentren** einrichten und damit zusätzliche Angebote für frühkindliche Bildung und junge Eltern, die sich insbesondere an junge Migrantinnen und Migranten richten, schaffen. Dazu gehören auch die **»Rucksackprojekte«** an den Kitas und Grundschulen.

Wir wollen Eltern mit Migrationshintergrund gezielt für die Mitarbeit in den Elternräten und an den Ganztagschulen motivieren. Wir fordern die Genehmigung weiterer **Gesamtschulen** durch die Landesregierung entsprechend des Elternwillens, auch weil die Erfahrung zeigt, dass Gesamtschulen insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund zu höheren Bildungsabschlüssen führen (siehe auch Kapitel: Bildung).

Wir stehen für eine **konsequente Durchsetzung der Schulpflicht**. Die Teilnahme aller Kinder an Schwimm-, Sport- und Biologieunterricht sowie an Klassenfahrten ist für uns selbstverständlich. Es darf keine Ausnahmen unter dem Vorwand religiöser Vorschriften geben.

Wir wollen die Chancen von jungen Migrantinnen und Migranten beim **Übergang von der Schule in den Beruf fördern**. Dazu gehören z.B. die Angebote der Volkshochschule zum Nachholen von Haupt- und Realschulabschlüssen und Qualifizierungsprojekte im Rahmen der kommunalen Beschäftigungsförderung wie z.B. die Förderung von »Pro Beruf«.

Wir fordern das **kommunale Wahlrecht für alle Ausländerinnen und Ausländer**, die länger als 8 Jahre in Deutschland leben. Es darf nicht länger zwischen Ausländern erster und zweiter Klasse – also EU-Bürgern und Drittstaatlern – unterschieden werden. Alle Migrantinnen und Migranten, die längerfristig in Deutschland leben, sollen an kommunalpolitischen Entscheidungen mitwirken können.

Wir werden die Arbeit der **Integrationsbeiräte** in den Stadtbezirken weiter unterstützen und uns dort mit unseren Mandatsträgern aktiv einbringen. Die Integrationsbeiräte ermöglichen eine stetige und breite Beteiligung an der Integrationspolitik in unserer Stadt.

Wir fordern eine **verbesserte Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse**. Mit dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz sollen auf Bundesebene in Kürze die formalen Voraussetzungen deutlich verbessert werden. Wir wollen im engen Kontakt zu den zuständigen Behörden und Kammern erreichen, dass diese Möglichkeiten auch ausgeschöpft werden.

Wir wollen, dass sich auch die **Stadtverwaltung** bei der Auswahl von Auszubildenden und bei Einstellungen gezielt für Migrantinnen und Migranten öffnet, denn bisher sind diese in der Verwaltung noch unterrepräsentiert.

Wir stehen für eine **Wohnungspolitik**, die ein Miteinander sozialer Milieus und ethnischer Gruppen in den Stadtteilen fördert.

Viele Migrantinnen und Migranten, die bereits in den 60er und 70er Jahren nach Hannover gekommen sind, haben inzwischen das Rentenalter erreicht. Sie haben hier ihre Heimat gefunden. Wir wollen deshalb auch die **kommunale Seniorenarbeit** auf diese Menschen ausrichten. Pflegebedürftige Migrantinnen und Migranten sollen eine **kultursensible Pflege** erfahren, insbesondere in den städtischen Pflegeheimen. Die städtischen Friedhöfe bieten schon heute Grabstätten für unterschiedliche Kulturen und Religionen.

Flüchtlingen aus Bürgerkriegsgebieten oder aus politischen Gründen wollen wir in Hannover den Start in ein neues Leben geben. Der Rat der Landeshauptstadt unterstützt die bundesweite **»Save Me«-Kampagne**. Eine wichtige Forderung dieser Kampagne ist es, dass die aufgenommenen Flüchtlinge nicht in zentralen Unterkünften untergebracht werden, sondern die Möglichkeit erhalten, in der jeweiligen Aufnahmegemeinde eine Wohnung zu beziehen. Es ist in der Landeshauptstadt Hannover bisher geübte Praxis, **Flüchtlinge möglichst dezentral in eigenen Wohnungen unterzubringen**, wie dies auch von Menschenrechts- und Flüchtlingshilfeorganisationen gefordert wird. Der Bedarf an Unterbringungsplätzen für Flüchtlinge ist jedoch in der jüngsten Vergangenheit deutlich gestiegen und wird dies voraussichtlich auch zukünftig tun, so dass neben der dezentralen Unterbringung in Wohnungen auch Gemeinschaftsunterkünfte notwendig sein werden. Wichtig ist hierbei vor allem, dass sich im Rahmen der Integration die Betreuung der Flüchtlinge im Wesentlichen durch die Erschließung ihrer persönlichen Ressourcen auszeichnet, ein umfassendes sozialarbeiterisches Handeln begleitend sichergestellt ist und Mindeststandards individueller und menschenwürdiger Wohnbedürfnisse garantiert werden.

Dem **Haus der Religionen** kommt in Hannover eine wichtige Bedeutung im Integrationsprozess zu.

Der LIP enthält die Idee für ein **Haus der Kulturen** für Hannover. Was kann ein Haus der Kulturen sein? Es gibt bereits zahlreiche Initiativen, Projekte und Veranstaltungsformate, die im Sinne eines internationalen und interkulturellen Ansatzes profiliert arbeiten. Um dieses Engagement insgesamt zu bündeln und bestehende Partner und Projekte zu integrieren, wollen wir als ersten Schritt ein virtuelles Dach schaffen. Eine Internetplattform **»Kulturelle Vielfalt«** soll die Partner, Projekte, Veranstaltungen aufnehmen. Dadurch wird die Stärke der Arbeit, die es dank vieler Beteiligter gibt, sichtbar und der Stadtbevölkerung zugänglich. Die Plattform soll aber auch die Netzwerkarbeit der Beteiligten stärken, Kommunikation und weitere Profilierung in Arbeit und Darstellung anregen.

Städtepartnerschaften leben

Hannover ist über die Jahrzehnte Städtepartnerschaften mit Bristol, Perpignan, Rouen, Hiroshima, Poznan, Leipzig und Blantyre eingegangen. Wir laden die Bürgerinnen und Bürger ein, die Städtepartnerschaften auch weiterhin aktiv mit zu gestalten und mit Leben zu erfüllen. Das Konzept der Städtebotschafter soll geprüft werden.

6. Hannover 2020plus – Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen, Mobilität

Hannover wächst! Trotz der allgegenwärtigen Herausforderungen des demografischen Wandels überrascht diese Entwicklung nicht. Hannover zieht an, die Bevölkerungszahlen steigen. Die Stadt zeigt neue Stärke, die Stadt ist wieder »in«.

Die wichtigste Grundlage für den innerstädtischen Zusammenhalt ist der Wohlfühlfaktor der Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt. Er beginnt im Kiez, beim Einkaufen oder in der Kneipe an der Ecke. Stadtteile müssen nachhaltig gestärkt werden. Das trägt auch dem Bedürfnis nach Sicherheit und Geborgenheit Rechnung.

Neun von zehn Hannoveranerinnen und Hannoveraner leben sehr gern oder gern in unserer Landeshauptstadt. Sie schätzen dabei besonders die hohe Wohn- und Lebensqualität: die Nähe zu Grün- und Erholungsflächen, die guten Verkehrsanbindungen, die zentrale Lage bzw. Nähe zur Innenstadt, die guten Einkaufsmöglichkeiten vor Ort und in der City, die gute Infrastruktur und die Nachbarschaft. Wer in Hannover wohnt, der hat kurze Wege, attraktive Kultur-, Bildungs- und Freizeitangebote, Vielfalt und Lebendigkeit sowie urbanes Flair.

Diese Zufriedenheit ist kein Zufall. Sie ist das Produkt einer kontinuierlichen und zukunftsorientierten Stadtentwicklungspolitik der SPD. Unsere Philosophie: Wir setzen auf die Soziale Stadt. Wir setzen auf Nachhaltigkeit im Städtebau. Wir setzen auf Revitalisierung von Brachen. Wir setzen auf den Dialog mit den Menschen und das Engagement. Neben den herausragenden Leuchttürmen der modernen Großstadt setzen wir auch auf starke und selbstbewusste Stadtteile mit lebendigen Zentren und zufriedenen, kreativen Menschen.

Was wir erreicht haben: Unsere Erfolgsbilanz 2006 – 2011

- 11 Stadtplätze wurden neu gestaltet, darunter das Zentrum Misburg/Meyers Garten, der Herrenhäuser Markt, der Rathenauplatz, der Platz an der Hannoverschen Straße, der Bahnhofsvorplatz Hainholz, der Liliencronplatz, der Eingang zum Stadtteilstadtfriedhof Döhren, der Vahrenheider Markt, der Kreisel am Berthavon-Suttner-Platz, der Lavesplatz und der nördliche Stephansplatz.
- Wir haben die Soziale Stadtsanierung in Vahrenheide, Mittelfeld und Nordstadt abgeschlossen und die Soziale Stadtsanierung in Hainholz, Stöcken und Sahlkamp gestartet.
- Aus dem Städtebauförderprogramm »Stadtumbau-West« werden die Wasserstadt Limmer, Limmer-Ost und Vinnhorst-Mitte gefördert.
- Wir haben mit 16 neuen Hochbahnsteigen für mehr Barrierefreiheit im ÖPNV gesorgt. Vier weitere werden dieses Jahr gebaut.
- Wir haben Projekte der Integrativen Stadtteilarbeit in 10 Gebieten umgesetzt: Kirchrode/Gr. Hillen, Kleefeld/Kantplatz, List/Voßstraße, Bemeroode/Thie, Misburg, Oberricklingen, Wettbergen, Davenstedt, Wülfel/südl. Hildesheimer Straße, Mitte/westl. Goethestraße. Wir haben Lokale Ökonomie und Standortgemeinschaften von Gewerbetreibenden in den Stadtteilen gefördert.

- Wir haben Quartiersmanagement in Nicht-Fördergebieten in Stöcken, Sahlkamp, Mühlenberg, Linden-Süd, List-Nord, Roderbruch erfolgreich eingeführt.
- Der Innendialog Hannover City 2020 wurde initiiert und mit einem internationalen städteplanerischen Wettbewerb abgeschlossen.
- Wir haben Stadtteilstiftungen Sahlkamp-Vahrenheide, Linden-Limmer und Südstadt-Bult gefördert.
- Wir haben das Einzelhandels- und Zentrenkonzept aktualisiert und beschlossen.
- Neubaugebiete Lister Blick, Q'Artis, Vasati 2, Seelhorster Gärten, Rehmer Feld in Bau
- Neubaugebiete In der Rehre (Nullemissionssiedlung zero:e), Mars-La-Tour-Straße, Pelikanviertel, Lange Feld-Straße, An der Gartenbauschule (Ahlem) ausgewiesen und ihre Vermarktung gestartet.
- Wir haben die Bodensanierung des ehem. Conti-Limmer-Geländes abgeschlossen.
- Wir haben die Revitalisierung des Hanomag-Geländes in Linden, den Neubau des Siloah-Krankenhaus und der TiHo am Bünteweg planerisch begleitet.
- Wir haben den Masterplan Mobilität und das Leitbild Fahrradverkehr beschlossen, Hannover wurde im Jahr 2010 als »fahrradfreundliche Kommune« in Niedersachsen ausgezeichnet.

Auf dem Weg zum Integrierten Stadtentwicklungsprogramm

Eine moderne und zukunftsorientierte Stadtentwicklungspolitik erfordert den Blick auf das große Ganze, erfordert die Vernetzung einzelner Programme und die Berücksichtigung der gegenseitigen Wechselwirkungen. Flächennutzungs- und Bebauungspläne, Städtebau und Freiflächenplanung, Stadtsanierung, Einzelhandelskonzept und Gewerbeplanung, Verkehrsentwicklungsplanung, Innendialogkonzept und Programme zur Stadtteilentwicklung, Kinderbetreuung und Schulangebote, Alteneinrichtungen, Kommunaler Seniorenservice und Gemeinwesenarbeit, Soziokultur und Hochkultur: all' diese Ressortaktivitäten müssen aufeinander abgestimmt sein, um den Herausforderungen der Geschlechtergerechtigkeit, den sozialen Lebenslagen der Menschen und des demografischen Wandels gerecht zu werden. Über die Fachbereiche und Dezernate der Stadtverwaltung hinweg wollen wir deshalb die Initiative für ein integriertes Stadtentwicklungsprogramm Hannover 2025 ergreifen.

Mehr Wettbewerbskultur

Der Städtebau in Hannover hat seit dem Nachkriegswiederaufbauprogramm von Stadtbaurat Rudolf Hillebrecht eine große Tradition in städtebaulichen und Architekturwettbewerben. Nicht zuletzt der Innendialog Hannover City 2020+ hat gezeigt, wie wichtig, kreativ und zukunftsorientiert Stadtentwicklungswettbewerbe sein können. Architekten- und Planungsbüros aus der Region haben gezeigt, dass sie im nationalen und internationalen Vergleich bestehen können. Deshalb soll zukünftig bei jedem architektonischen oder städtebaulichen Wettbewerb die Hälfte der gesetzten teilnehmenden Büros aus der Region Hannover stammen. Damit geben wir zugleich jungen Architektinnen und Architekten sowie Stadtplanerinnen und Stadtplanern eine faire Chance, sich erfolgreich zu profilieren.

Ein Zukunftsdialog bewegt die Stadt: Hannover City 2020+

Welche Entwicklung nimmt die hannoversche Innenstadt? Die City ist mehr als ein Einkaufsstandort oder eine Shopping Mall. Kultur, Museen, Musik, Theater, Gastronomie, Kirchen, Wohnen, Tourismus und Sehenswürdigkeiten gehören genauso dazu wie anziehende Aufenthalts- und Freiraumqualitäten. Unsere Antwort auf diese Herausforderungen heißt Hannover City 2020+.

In einem bundesweit beachteten Innenstadtdialog ist in den vergangenen vier Jahren zusammen mit Fachleuten verschiedenster Disziplinen und unter großer Beteiligung von Bevölkerung und Öffentlichkeit ein Masterplan für die künftige Entwicklung der hannoverschen Innenstadt entstanden. Hannover City 2020+ ist eines der Aushängeschilder der Nationalen Stadtentwicklungsstrategie der Bundesrepublik Deutschland.

Den hervorragenden Plänen aus dem internationalen städtebaulichen Wettbewerb sollen nun Taten folgen. Mit der Umgestaltung des Bereichs zwischen Klagesmarkt und Steintor ist begonnen worden. Mit der Realisierung der Entwürfe für Klagesmarkt, Köbelinger Markt, Marstall setzen wir auf neue Aufenthaltsqualitäten und die Rückkehr des Wohnens in die City. Trennungslinien zwischen der Einkaufsstadt und der Altstadt werden behutsam beseitigt. Das Neue Rathaus und der Trammplatz werden durch die Umgestaltung des Friedrichswalls an die Altstadt besser angebunden. Die neue Volkshochschule am Hohen Ufer wird auch für eine Belebung der Altstadt sorgen. Neue Kooperationen mit dem Historischen Museum werden das kulturelle Leben und das Altstadttreiben bereichern. Überhaupt: Das Hohe Ufer, als Namensgeber unserer Landeshauptstadt, wird sich durch das neue Wohnen, Arbeiten und Erleben am Wasser neben Maschsee, Rathaus und Herrenhäuser Gärten zu einem neuen Leuchtturm entwickeln.

L(i)ebenswert und mit viel Engagement: Erfolgreich im Stadtteil

Aufbruch und viel Bewegung ist neben der Entwicklung in der City auch in den hannoverschen Stadtteilen zu spüren. Die SPD setzt auch weiterhin auf starke und selbstbewusste Stadtteile und Quartiere. Und wir setzen auf die Bewohnerinnen und Bewohner, für die unsere Wohnquartiere ein Stück Heimat geworden sind, ein Ort der Identifikation, an dem sie gerne leben und für den sie sich gerne engagieren.

Nachhaltiger Zukunftsdialog: Mein Kiez 2025

Von Beginn an hat Hannover City 2020+ die Zielvorgabe gehabt, die Verbindung zu den Stadtteilen zu schlagen. Die Innenstadt lässt sich nicht nachhaltig entwickeln, wenn die Bedürfnisse der angrenzenden Quartiere nicht genügend Berücksichtigung finden. Wie sollen die Wohnquartiere und Stadtteile in 15 Jahren aussehen? Welche Profile, welche unverwechselbaren Eigenheiten sollen sie entwickeln, welche Stärken sollen sie ausspielen? Unsere Antwort darauf ist der Zukunftsdialog Mein Kiez 2025.

In Anlehnung an den erfolgreichen Zukunftsdialog zur Innenstadt sollen stufenweise in den nächsten fünf Jahren in allen 13 Stadtbezirken unter Beteiligung der Bevölkerung, von Fachleuten aus den verschiedensten Disziplinen,

Stadtteil-Politik und Verwaltung Zukunftsvorstellungen, Strategien und Leitbilder für die Entwicklung der Stadtteile und Quartiere diskutiert und erarbeitet werden. Der interdisziplinäre Zukunftsdialog Mein Kiez 2025 bezieht dabei die vorhandenen erfolgreichen Stadtteil-Programme ebenso ein wie die Arbeit der Stadtbezirksmanagerinnen und –manager, deren Aufgabenfelder hierdurch auch zielgerichteter definiert werden.

Mit den von der SPD initiierten Projekten zur Integrativen Stadtteilarbeit erfahren zahlreiche Stadtteilzentren erhebliche Aufwertung: Standortgemeinschaften der ansässigen Geschäftsleute gründen sich ebenso wie Initiativen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität. Das Quartiersmanagement trägt zu einer erheblichen sozialen Stabilisierung der Nachbarschaften außerhalb der Stadtsanierungsgebiete bei. Wir streben eine Ausweitung beider Programme an.

Hannover schafft Platz, das von der SPD angestoßene Stadtplatzprogramm, ist seit zehn Jahren ein Markenzeichen erfolgreicher hannoverscher Stadtteilpolitik. Neben der eigentlichen Platzumgestaltung mittels Bürgerbeteiligung dient es auch der Verbesserung der Identifikation mit Wohnumfeld, Nachbarschaft und Stadtteil. Meyers Garten, Küchengartenplatz, Herrenhäuser Markt, Bertha-von-Suttner-Platz, Thie am Kronsberg, Operndreieck/Rathenauplatz, Nördlicher Stephansplatz, Jahnplatz, Vahrenheider Markt, Lavesplatz, Liliencronplatz und der Eingang zum Stadtteilfriedhof Döhren sind nur einige Beispiele aus den letzten Jahren. Der Kantplatz erhält dieses Jahr ein neues Gesicht. Bis 2016 wollen wir weitere 15 Stadtplätze modernisieren und neu gestalten, darunter den Roderbruchmarkt, die Mitte in Wettbergen, den Platz an der Sutelstraße sowie der Bereich zwischen Leine und Limmerstraße rund um den Pfarrlandplatz u.v.m. umgestaltet werden.

Mit großem Engagement wurden Stadtteil-Stiftungen in Sahlkamp-Vahrenheide, Linden-Limmer und Südstadt-Bult gegründet. Erste Projekte für diese Stadtteile konnten initiiert und bezuschusst werden. Genauso wichtig ist jedoch die dadurch entstandene Diskussion über die Zukunft der Stadtteile. Nach dem Motto »für jeden im Stadtteil gesammelten Euro gibt die Stadt einen Euro hinzu« sollen bis 2016 vier weitere Initiativen zur Gründung von Stadtteilstiftungen mit jeweils 25.000 Euro unterstützt werden, damit sich jeweils ein Kapitalstock von 50.000 Euro pro Stiftung ergibt.

Stärkung der lokalen Ökonomie: Wirtschaftsforen fördern, Gewerbeberatung und Sozialplanung ausweiten

Zusammenhalt macht stark: Wirtschaftsforen und Standortgemeinschaften von Gewerbetreibenden in den Stadtteilen haben zur Stärkung der lokalen Wirtschaft beigetragen. Gewerbetreibende übernehmen gesellschaftliche Verantwortung weit über ihre geschäftliche Tätigkeit hinaus und sind zu Akteuren der Stadtteilentwicklung geworden. Unser Ziel ist die Gründung und Unterstützung weiterer lokaler Standortgemeinschaften zur Aufwertung der Stadtteilzentren.

Zur Stärkung der lokalen Ökonomie wollen wir die in den letzten Jahren sehr erfolgreiche Gewerbeberatung und -sozialplanung in den Soziale-Stadt-Quartieren fortsetzen und darüber hinaus in Stadtteilen einsetzen, die sich besonders stark im sozialen und wirtschaftlichen Umbruch befinden.

Kurze Wege beim Einkauf: wohnortnahe Versorgung liegt uns am Herzen

Die Sicherstellung flächendeckender und wohnortnaher Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs ist auch unter Berücksichtigung des demografischen Wandels und der Barrierefreiheit ein wichtiger Beitrag zum Erhalt und zur Steigerung der Lebensqualität in den Quartieren. Deshalb haben wir das 2003 beschlossene 10-Punkte-Programm zur Nahversorgung mit dem Einzelhandels- und Zentrenkonzept 2011 neuen Anforderungen angepasst und weiterentwickelt. Unsere Devise: nur in integrierten Lagen sind zusätzliche Ansiedlungen gestattet.

Soziale Stadtsanierung

Nach Vahrenheide, Mittelfeld und Hainholz sind 2008 Stöcken und 2009 der Sahlkamp in das Bundesprogramm Soziale Stadt aufgenommen worden, Limmer als Sanierungsgebiet in die Städtebauförderung sowie das Programm Stadtumbau West.

In unverantwortlicher Weise hat die Bundesregierung ab 2011 drastische Kürzungen dieser Programme vorgenommen, die stark zu Lasten der Schwächeren in unserer Gesellschaft gehen. Es bleibt dennoch unser Ziel, die soziale Stadtsanierung voranzutreiben. Die Stabilisierung der Nachbarschaften, die Modernisierung der Wohngebäude und die Verbesserung des Wohnumfeldes sind auch notwendige Instrumente für eine gelungene Integrationspolitik. Zusammen mit der SPD-Bundestagsfraktion und dem Deutschen Städtetag setzen wir uns für die Rücknahme der Mittelkürzungen ein, damit auch Teile des Mühlenbergs und Linden-Süd zukünftig neu in die staatliche Förderung aufgenommen werden können.

Wohnen: für jeden Geschmack und Geldbeutel

Hannover wächst! Die Nachfrage nach Wohnraum steigt. Wohnungsbau, ob nun Eigenheim oder Mehrfamilienhaus, ist ein Gebot der kommenden Jahre. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der Veränderung der Haushaltsstrukturen wachsen die Ansprüche an bedarfsgerechte Wohnungszuschnitte und Barrierefreiheit. Gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft und Mieterbund sollen im Wohnkonzept 2020 alle Fragestellungen rund um das Wohnen, die Bedarfe für verschiedenste Bevölkerungsgruppen wie z. B. Familien und Senioren, die Wohnungslagen, energetische Standards, Wohnungsgrößen- und Zuschnitte, Neubaugebiete, Erschließung von Baulücken, Sanierungen und Modernisierungen im Wohnungsbestand u.v.m. untersucht und ermittelt werden, um mit diesen Plandaten die Entwicklung des Wohnens zur Miete und im Eigentum optimal mit der Wohnungswirtschaft steuern zu können.

Gutes und bezahlbares Wohnen ist uns wichtig. Mit der Gesellschaft für Bauen und Wohnen (GBH) verfügt die Landeshauptstadt Hannover über ein geeignetes Instrument, sozialen und bezahlbaren Wohnraum in vielen Stadtteilen anzubieten. Zur Vermeidung von sozialen Schieflagen und von Obdachlosigkeit wollen wir auch die bestehenden städtischen Belegrechte erhalten.

Zur Attraktivitätssteigerung in den Stadtteilen trägt auch ein neuer Trend im Wohnungsbau bei. Neben der Weiterentwicklung im Ein-Familien- und Reihenhausbau in den eher peripheren Lagen ist die Nachfrage nach Geschosswohnungsbau in innenstadtnahen Lagen groß. Citynahe Lagen werden auch vermehrt von Baugemein-

schaften nachgefragt, ob in der Nord-, Ost- und Südstadt oder in Linden. Passivhäuser und die energetische Sanierung gerade in Mehrfamilienhäusern gehören dank der Förderung durch proKlima und Bundesmittel inzwischen verstärkt zum Alltagsbild in den Stadtteilen. Mit der Nullemissionssiedlung zero:e in Wettbergen erhält Hannover einen weiteren Leuchtturm ökologischen und energiesparenden Bauens und Wohnens.

Die Chance auf nachhaltige Erneuerung: Revitalisierung von Brachflächen

Wir setzen weiterhin auf die Revitalisierung von Brachen. Sie bergen ein enormes Entwicklungspotenzial, ob es sich nun um das neue Wohnen am Wasser auf dem Gelände der Wasserstadt Limmer (ehemals Conti) handelt oder die Umgestaltung der ehemaligen Freiherr-von-Fritsch-Kaserne in ein attraktives Wohnquartier mit Einzelhandel und Dienstleistungen. Wichtige Investitions- und Baumaßnahmen sind für das Fachmarktzentrum am Südbahnhof auf den Weg gebracht worden. Das Hanomaggelände entwickelt sich schrittweise zu einem modernen Dienstleistungszentrum und Wohnquartier. Unser Ziel ist ebenso die Umgestaltung und Aufwertung des ehemaligen Hauptgüterbahnhofs.

Mobilität für alle

Der Verkehrsentwicklungsplan – der Masterplan Mobilität Hannover 2025 – stellt die integrierte Handlungsstrategie für alle Verkehrsteilnehmer und -infrastrukturen dar. Der unter breiter Beteiligung von Politik, Verkehrsplanung, Polizei, Verkehrsverbänden und -Initiativen und weiteren Trägern öffentlicher Belange entwickelte Masterplan soll insbesondere dazu beitragen, dass sich jede/r mit dem gewünschten Verkehrsmittel in Hannover bewegen kann, ob mit dem Auto, dem Fahrrad, zu Fuß oder mit Bus oder Stadtbahn. Mobilität für alle.

Wir wollen den Anteil von Bussen und Bahnen sowie des Fahrradverkehrs auf jeweils 25 Prozent am gesamten Verkehrsaufkommen (sog. Modal Split) bis 2025 steigern und sehen dies als wichtigen Bestandteil unserer aktiven Klimaschutzpolitik.

Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit hat der Rat auf unsere Initiative hin ein 100-Punkte-Programm für die nächsten fünf Jahre beschlossen, Kampagnen zur Verkehrssicherheit bei Kindern inklusive. Unser Ziel bleibt die »Vision Zero«, d. h. die Mobilität lebenswert zu sichern und unfallfrei zu gestalten und dadurch das Sicherheitsbedürfnis der Menschen zu befriedigen.

Die nachhaltige Sanierung unserer Straßen, Fuß- und Radwege ist uns wichtig. In den vergangenen Jahren haben wir dafür gesorgt, dass bei Straßen-, Rad- und Fußwegereparaturen mehr Geld als bisher zur Verfügung steht, gerade auch für die Beseitigung von Winter- und Frostschäden. Bei Sanierungen und Grunderneuerungen legen wir besonderen Wert auf Bordsteinabsenkungen, um die Barrierefreiheit zu gewährleisten.

Der Öffentliche Nahverkehr (ÖPNV) in Hannover ist eines der erfolgreichsten und modernsten Systeme in Deutschland. Im Nahverkehrsplan 2008 – 2013 hat die SPD ihre Präferenzen für den Ausbau des ÖPNV festgeschrieben: nach den Stadtbahnlinien 3 und 7 werden nun die Linien 4, 5, 6 und 8 in den kommenden Jahren nahezu komplett mit Hochbahnsteigen versehen. Dies ist auch ein nachhaltiger Beitrag zur Barrierefreiheit.

Zur weiteren Verbesserung des ÖPNV gehört auch der Ausbau des Stadtbahnsystems mit den Streckenverlängerungen nach Misburg-Mitte, Hemmingen und Garbsen. Dabei setzen wir uns für eine technisch und baulich optimale Planung und Gestaltung ein, um die Lärmbelastung für die Anlieger möglichst gering zu halten. Für die Optimierung der D-Linie ist uns besonders wichtig, dass die Barrierefreiheit von Limmer bis in die City kurzfristig realisiert wird und die Umsteigebeziehungen zum übrigen Stadtbahnnetz kundenfreundlicher, d. h. kürzer und komfortabler, gestaltet werden.

Zu einem attraktiven ÖPNV gehört neben der Stadtbahn ein attraktives Stadtbusnetz. Hierzu zählt der Einsatz moderner Fahrzeuge (Hybridbusse) und die Verbesserung der Beschleunigung durch die Anpassung der Lichtsignalanlagen und den Bau von Haltestellenkaps.

Der Radverkehr spielt in Hannover seit vielen Jahren eine immer stärkere Rolle. Unser Ziel ist, bis 2025 den Anteil des Fahrradverkehrs auf 25 Prozent zu steigern. Wir wollen die umweltfreundlichste Art der Fortbewegung deshalb weiter durch Ausbau (Fahrradstraßen, Velorouten), aber auch gezielte Marketingmaßnahmen und Verbesserung der Abstell-situationen (z. B. Fahrradstationen und Fahrradgaragen) verbessern.

Das Hauptstraßennetz Hannovers muss stetig optimiert werden. Das in seiner Grundkonzeption aus den 1950er Jahren stammende Straßennetz ist in seinen Funktionen auf den Prüfstand zu stellen, insbesondere mit den Zielen, die Verkehrssicherheit und den Verkehrsfluss (z. B. mit intelligenten Ampelschaltungen) zu erhöhen. Dabei darf sich die Leistungsfähigkeit nicht verschlechtern, da sie ein Garant für die gute verkehrliche Situation in Hannover ist. Dies gilt auch für den Cityring zwischen Aegidientorplatz und Königsworther Platz. Im Rahmen von Hannover City 2020+ sollen durch Verringerung um jeweils eine Fahrspur pro Richtung auf dem Friedrichswall und am Leibnizufer bei gleich hoher verkehrlicher Leistungsfähigkeit die Übergänge zwischen Altstadt und Neuem Rathaus bzw. Calenberger Neustadt erleichtert und städtebaulich aufgewertet werden.

CarSharing – bedarfsgerecht und der Umwelt zuliebe

Immer mehr Menschen verzichten auf das eigene Auto und leihen sich bedarfsweise einen PKW oder Kleinlastwagen. Seit vielen Jahren ist deshalb das CarSharing-Angebot von Stadtmobil ein wichtiger und erfolgreicher Bestandteil des Mobilitätsmanagements in Hannover. Wir haben die Zahl der CarSharing-Stellplätze aufgrund der steigenden Nachfrage gerade in den innenstadtnahen Quartieren ausgeweitet und werden dies fortsetzen. Darüber hinaus sprechen wir uns für die Einrichtung weiterer Modelle in Anlehnung an flexiblere Konzepte wie Car2go (Ulm) aus, in denen es möglich ist, das Auto an einem Standort anzumieten und an einem anderen Standort im Stadtgebiet wieder abzugeben.

7. Lebendige Demokratie, Bürgerbeteiligung, moderne Verwaltung

Hannover ist eine Stadt für die der Dialog mit den verschiedenen Gruppen einer Stadtgesellschaft ein besonderes Merkmal ist. Erinnerung sei hier an die Bürgerbefragung zur EXPO 2000 im Jahr 1992. Diese Befragung hat mit dazu beigetragen, dass das Großprojekt Weltausstellung konflikt- aber nicht diskussionsfrei vorbereitet werden konnte. Und als sie dann stattfand von den Menschen in Stadt und Region nicht nur angenommen wurde, sondern nachhaltig auf das Bewusstsein positiv wirkte.

Für den Dialog zwischen Politik und der Bevölkerung gibt es die Einwohnerfragestunden in den Bezirksräten und Ratsausschüssen, die Bürger- und Anliegerversammlungen, die Sanierungskommissionen, Verkehrsforen und Befragungen zu unterschiedlichen Themen. Der Dialogprozess »City 2020« ist ein besonders gelungenes Beispiel für aktive Bürgerbeteiligung.

Die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger mit ihren Kompetenzen und Meinungen ist wichtige Grundlage für Entscheidungen, die am Ende des Prozesses in den politischen Gremien des Rates getroffen werden müssen. Die Teilhabe der Menschen an der Politik ersetzt nicht die Verantwortung des direkt gewählten Oberbürgermeisters, des Rates und der Bezirksräte, sondern unterstützt diese. Nicht nur das Ausüben des Wahlrechts ist für das Gelingen in einer demokratischen Stadtgesellschaft wichtig, sondern auch das Mitgestalten zwischen den Wahlterminen.

Wir gehen diesen Weg konsequent weiter. Neben den direkten Kontakten mit den Menschen gilt es die neuen Medien stärker mit einzubeziehen. Das heißt: Die SPD wird die Teilhabe an Entscheidungen verstärkt ausbauen. Dazu gehören beispielsweise auch Online- oder Telefonumfragen zu besonderen, hochaktuellen Themen oder zu den finanziellen Auswirkungen von Entscheidungen.

Des Weiteren gilt es, die Transparenz von Prozessen entscheidend zu verbessern, zum Beispiel durch direkte elektronische Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung. Dazu sollen der Einsatz von elektronischen Signaturen und zertifizierten Mailsystemen, z.B. E-Post, in ein zu erarbeitendes Konzept einfließen.

Zur Bürgerfreundlichkeit gehört es, dass Themenportale auf Basis des Bürgerportalgesetzes angeboten werden, die den Bürgerinnen und Bürger ein schnelles Auffinden der gewünschten Information ermöglichen. Die Themen sollten lebenslagenorientiert und für Jung und Alt geeignet sein. Eine Barrierefreiheit versteht sich von selbst.

Zum Thema »Freiwillig in Hannover« - Bürgerschaftliches Engagement fördern siehe Kapitel »Solidarische Stadt – Hannover hält zusammen«.

Moderne Verwaltung

In den vergangenen Jahren ist die Stadt Hannover große Schritte in Richtung Modernisierung ihrer Infrastruktur gegangen. Leistungsfähige und ausbaufähige Systeme haben den Weg geebnet für eine bessere Kundenorientierung der Stadtverwaltung.

So wurden Bearbeitungszeiten mit Blick auf die Wirtschaft gesenkt durch die Einführung einer Dokumentenverwaltung. Nicht wenige Dienste sind schon

online nutzbar, z.B. das Bürgerinformationssystem, die Wunschkennzeichenfunktion der Kfz-Zulassungsstelle oder der Veranstaltungskalender.

Die SPD in Hannover möchte die modernen Techniken weiter ausbauen und setzt auf den Einsatz von Green-IT-Strategien, um Ressourcen zu schonen und die Natur zu bewahren.

Folgende Angebote möchten wir umsetzen:

- eine interaktive Stadtkarte. Alle öffentlichen Gebäude müssen leicht ersichtlich sein. Zusätzliche Angaben enthalten Aussagen über die Barrierefreiheit des Gebäudes, die Erreichbarkeit über den Öffentlichen Personennahverkehr und Kontaktpersonen.
- eine Ausbildungs- und Jobbörse, ein Kita- und Jugendzentrums-Service und ein einfachgestaltetes System zur Auflistung von den umfangreichen Bildungsangeboten Hannovers.

8. Kunst, Kultur und kulturelle Bildung

Kunst, Kultur und Bildung prägen das Bewusstsein und die Entwicklungschancen jeder Hannoveranerin und jedes Hannoveraners. Sie sind der Nährboden einer dynamischen Stadtgesellschaft und prägen die Attraktivität und das Lebensgefühl einer Stadt. Durch Kunst, Kultur und Bildung sind die künftigen Herausforderungen an Hannover als Wirtschaftsstandort sowie einer toleranten und weltoffenen, demokratischen Stadtgesellschaft besser zu meistern. Sie unterstützen die Entwicklung von Kreativität, Flexibilität, Internationalität, Toleranz und sozialer Kompetenz. Kunst und Kultur sind in Hannover zudem selbst bedeutende Wirtschaftsfaktoren. Das äußerst vielfältige Kunst- und Kulturangebot ist eine wesentliche Grundlage für die wachsende Anziehungskraft Hannovers.

Wir verfolgen das Ziel, die kulturelle Infrastruktur und die Vielfalt der hannoverschen Kulturlandschaft zu erhalten und zu stärken. Gemeinsam im Dialog mit Kulturschaffenden und Kulturinteressierten wollen wir Themenschwerpunkte der Kunst und Kultur identifizieren und zukünftige Entwicklungsperspektiven erarbeiten.

Auch in den Bereichen Kunst und Kultur haben wir in den vergangenen fünf Jahren viel erreicht:

- Wir haben die Sanierung des Raschplatz-Pavillons mit einem Volumen von rund 7 Mio. Euro beschlossen. Außerdem haben wir die Finanzierung der Bildungs-, Kultur- und Veranstaltungsarbeit des Raschplatz-Pavillons (rund 900.000 Euro pro Jahr) für weitere drei Jahre vertraglich gesichert.
- Wir haben die Eisfabrik und das Alte Magazin saniert, die Zugänglichkeit der Rosenbusch-Verlassenschaften gesichert und geholfen, das Kulturzentrum Faust e.V. auf eine stabile finanzielle und wirtschaftliche Grundlage zu stellen.
- Wir haben mit städtischen Mitteln im Rahmen der Stadtteilsanierung das »Kulturhaus Hainholz« geschaffen und das Projekt »Hainholz macht Musik«, das inzwischen Vorbildcharakter für die kulturelle Bildungsarbeit für viele andere Stadtteile hat, verwirklicht.
- Mit der Etablierung der KunstFestSpiele haben wir in Hannover ein eigenes Festspielformat geschaffen, das Hannover und die Herrenhäuser Gärten zusätzlich in der nationalen Kulturszene profiliert.
- Trotz fortgesetzter Haushaltskonsolidierung haben wir die Zuwendungen an die Kunst- und Kultureinrichtungen und Veranstaltungen mit einem Volumen von rund 3 Mio. Euro stabil gehalten und damit die Basis für eine breite Kunst- und Kulturszene bewahrt.
- Mit dem Wiederaufbau des Schlosses in Herrenhausen als Standort für wissenschaftliche Kongresse und Tagungen der VW-Stiftung wird Hannover als Wissenschaftsstadt und Herrenhausen als attraktives Ziel für den nationalen und internationalen Städte- und Kulturtourismus deutlich gestärkt. Außerdem werden Räumlichkeiten für eine historische Dauerausstellung geschaffen.
- Wir haben einen Architektenwettbewerb zur Erweiterung des Sprengel-Museums durchgeführt und auf dieser Basis mit den konkreten Planungen begonnen.

Für die Finanzierung der Erweiterung haben wir aus städtischen Mitteln 5 Mio. Euro bereit gestellt sowie weitere 15 Mio. Landes- und EU-Mittel eingeworben.

- Wir haben die Weichen für eine umfassende Sanierung der Volkshochschule mit einem Volumen von rund 9 Mio. Euro am neuen Standort am Hohen Ufer gestellt.

Für die zukünftige Kulturpolitik haben wir uns folgende Ziele und Schwerpunkte gesetzt:

- **Kulturelle Bildung von Anfang an:** Jedes Kind in Hannover soll die Chance auf kulturelle Bildung und kulturelle Angebote unabhängig vom Geldbeutel der Eltern haben. Unser Leitmotiv lautet: Mit Kultur ins Leben!
- **Verstärkte Teilhabe an Kultur, Kunst und Bildung:** Kultur muss dahin, wo die Menschen sind: in die Kitas, in die Schulen, in die Betriebe, in die Geschäfte und in die Seniorenheime. Dazu werden wir innovative Projekte entwickeln und umsetzen.
- **Gemeinsam Kunst und Kultur erleben und erfahrbar machen:** Mit Kindern, Jugendlichen, Migrantinnen und Migranten, Seniorinnen und Senioren sowie anderen werden Konzepte zur besseren Kunst- und Kulturvermittlung erarbeitet.
- Wir wollen **Kultur und Kunst gezielt zur Profilierung der Landeshauptstadt nutzen.**
- Zur Weiterentwicklung der künftigen Schwerpunktsetzungen in unterschiedlichen Kulturbereichen wollen wir einen **Dialog mit Kulturschaffenden und Kulturinteressierten** etablieren.

Das bedeutet für uns konkret:

Jedes Kind in Hannover bekommt die Chance kulturelle Angebote für sich zu entdecken und wahrzunehmen. Die Angebote der Stadtteilkulturarbeit werden in die Arbeit der Kitas, Ganztagschulen und Jugendzentren integriert. Durch die flächendeckende Einführung der Ganztagsgrundschulen bieten sich neue Möglichkeiten für die Integration von außerschulischer und schulischer Bildungsarbeit. Über die Ganztagschulen und die Kitas können zukünftig **alle Kinder bis zum Grundschulalter an Kulturangeboten wie z.B. Musik-, Kunst, Theater und Zirkusprojekte teilhaben.** Ihre Teilnahme dort ist nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängig (siehe auch Kapitel »Bildung – ohne Wenn und Aber«).

Notwendig ist auch eine stärkere Ausrichtung der Kulturangebote an den veränderten Interessenslagen und Ausdrucksweisen der Jugendlichen. Dies soll u.a. durch entsprechende Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jugendeinrichtungen geschehen.

Die **Leseförderung** für Kinder und Jugendliche werden wir weiter mit den bewährten Programmen wie ‚Hannover liest‘, ‚Lesestart‘, ‚Lese-Mentoring‘ und ‚Mentor e.V.‘ unterstützen. Alphabetisierungsprogramme sollen dem Bedarf angepasst und in geeigneter Form beworben werden. Die Modernisierung der Bibliotheken wird fortgesetzt. Dabei sollen insbesondere jugendliche Nutzer angesprochen werden. Die in den Stadtteilen gut vernetzten Stadtteilbibliotheken sind längst zu wichtigen Medien- und Informationszentren geworden. Zur Koordinierung der Aktivitäten mit kommunalen wie freien Trägern soll eine zentrale Leseförderungsstelle eingerichtet werden.

Zusammen mit den Kultureinrichtungen im **Künstlerhaus** (Kommunales Kino, Kunstverein, Literaturhaus), dem Schauspielhaus und der Gastronomie soll ein Konzept entwickelt und umgesetzt werden, um Angebot und Aufenthaltsqualität des Künstlerhauses zu verbessern.

Hannover hat eine breitgefächerte **Musiklandschaft**. Dazu gehören nicht nur die Musikhochschule und große Konzerte sondern auch die großen öffentlichen Musik-Events wie Swinging Hannover vor dem Rathaus, die »Fête de la musique«, das Fährmannsfest, das Maschseefest und das BootBooHook-Festival. Wir wollen **Hannover zusammen mit der Musikszene noch stärker als Musikstadt profilieren**. Geprüft werden soll, ob Hannover im Rahmen des internationalen Programms der Creative Cities Network sich in die Reihe der UNESCO-Musikstädte einreihen kann. Das neue Chorzentrum ist ein erster Schritt zur Unterstützung der herausragenden Chorlandschaft. Die Akustik des Kuppelsaals im HCC soll möglichst unter Einwerbung von Drittmitteln weiter verbessert werden. Spezielle Konzertangebote für unterschiedliche Altersgruppen von Kindern und Jugendlichen sollen gemeinsam mit interessierten Musikschaffenden entwickelt werden. Die guten Erfahrungen mit dem Projekt Musik in Hainholz werden ausgewertet und vergleichbare Projekte in anderen Stadtteilen initiiert.

Die **Freizeitheim**e in Hannover haben in Hannover eine lange sozialdemokratisch geprägte Tradition. Das Freizeitheim Linden konnte bereits seinen 50. Geburtstag feiern. Wir wollen die nächste Wahlperiode nutzen, um die **Weichen für die Zukunft** und **Modernisierung** der Hannoverschen Freizeitheim zu stellen. Voraussetzung dafür ist eine Bedarfsanalyse unter Einbeziehung der stadtteilbezogenen Angebote und der vielfältigen Nutzergruppen und die Ermittlung der jeweiligen Sanierungsbedarfe.

Die erfolgreich gestarteten **KunstFestSpiele in Herrenhausen** sollen bei entsprechender Resonanz verstetigt werden. Herrenhausen soll als Ort innovativer Veranstaltungen auch in Zusammenarbeit mit dem künftigen Wissenschaftsstandort im wieder aufgebauten Schloss herausgestellt werden. Die Veranstaltungen sind verstärkt auch auf das junge Publikum auszurichten; Schulen sind einzubinden. Schloss und Garten müssen attraktiv und bürger/bürgerinnennah bleiben. Das **Kleine Fest** und die **Feuerwerkswettbewerbe** werden fortgeführt.

Hannover hat sich in den letzten Jahren auch als **Stadt der Wissenschaft** profiliert. Die etablierten Aktivitäten sollen stärker mit den Bereichen Kunst und Kultur verknüpft werden. Angefangen von Ausstellungskonzepten »Wissenschaft zum Anfassen« für Kinder und Jugendliche bis zur Ausrichtung der Angebote der Kultureinrichtungen an der Zielgruppe der Studenten (study and stay) verfolgen wir eine fruchtbarere Verbindung der Bereiche Wissenschaft, Kunst und Kultur.

Die **hannoverschen Museen** mit ihren einzigartigen Beständen gilt es zu sichern. Viele private Sammlungen sind in die Bestände integriert mit dem Wunsch, sie für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Durch **höhere Attraktivität** sollen mehr Besucherinnen und Besucher gewonnen werden. Das **Sprenghelmuseum** erhält mit dem beschlossenen Erweiterungsbau eine Perspektive, seine Stellung im überregionalen Vergleich mit anderen Museen für moderne Kunst zu festigen und auszubauen. Das **Historische Museum** wird mit der Einbeziehung des Beginen-

turms und der Veränderungen im Zusammenhang mit der Museumseröffnung im Schloss Herrenhausen sein Ausstellungskonzept neu ordnen. Dabei soll auch die Geschichte der zugewanderten Hannoveranerinnen und Hannoveranern dauerhaft einbezogen werden. Für das **Museum August Kestner** ist ein neues Ausstellungskonzept zu entwickeln, um ein größeres Publikum anzusprechen und zu begeistern. Für **besondere Ausstellungen mit überregionaler Resonanz** sollen Kooperationen mit anderen Museen eingegangen werden und Sponsoren geworben werden. Ferner wollen wir **Kooperationen** zwischen Museen mit anderen Kultureinrichtungen unterstützen. Wir wollen eine **Museum-Card** für alle hannoverschen Museeneinführen und das **Marketing** für die Museen **verstärken**.

Die **vielfältige Kunst- und Kulturszene** und die **zahlreichen Kulturprojekte** Hannovers werden wir auch in Zukunft mit städtischen Mitteln fördern. Von besonderer Bedeutung sind die Kunst- und Kultureinrichtungen wie der Pavillon bzw. die Bürgerinitiative Raschplatz e.V., das **Faustgelände**, die **Eisfabrik**, das **Musikzentrum**, der **Kunstverein** und die **Wilhelm-Busch-Gesellschaft**.

Die SPD setzt sich für **Soziokultur** ein. In der Soziokultur steht besonders die soziale, politische und kommunikative Kultur auch für bildungsfernere, ärmere Menschen im Mittelpunkt. In der Soziokultur findet auch ein Austausch mit den Migrantinnen- und Migranten-Kulturen statt. Hier lernt man unbekanntes deutsche, Migrantinnen/-en und ausländische Schriftsteller/-innen, Bildhauer/-innen, Theatermacher/-innen, kennen und schafft so auch den Zugang zur Hochkultur für Menschen die kein Bildungskapital haben. Mit handwerklicher künstlerischer Arbeit werden ebenfalls oft arbeitslose Menschen in ihrer Kreativität gefördert. Politische Diskurse fördern in der Soziokultur die sozialen und politischen Basisaktivitäten in der Interkultur, Umweltpolitik und Kommunalpolitik. In der Soziokultur wird lokales und globales Lernen verwirklicht.

Zur Förderung der **freien Theater** wurden in der letzten Wahlperiode bereits Impulse mit einer Förderung von Gastspielen und einer gemeinsamen Vermarktung gesetzt. Wir wollen auch in Zukunft die freien Theater in Hannover fördern und die gemeinsame Spielstättennutzung forcieren, um eine stärkere Auslastung der vorhandenen Raumkapazitäten zu ermöglichen. Wir erhoffen uns, dass damit zusätzliche Mittel für die Projektförderung von freien Theatern erschlossen werden können. Die Kooperation zwischen Staatstheater und freien Theater wird weiterhin unterstützt.

Nach der Schließung der Ausbildungskapazitäten für die bildenden Künste in Hannover hat sich die Situation **junger Künstler** in Hannover verschlechtert. Um dem entgegen zu wirken und dem benötigten Nachwuchs für das Wirtschaftskulturcluster **Kulturwirtschaft** am Standort Hannover bessere Startchancen zu bieten, werden wir Maßnahmen der Unterstützung, wie z.B. Stipendien oder ein Atelierprogramm unter Einwerben von Drittmitteln, prüfen und umsetzen. Zur verbesserten Präsentation junger Kunst in Hannover wollen wir gemeinsam mit jungen Künstlern neue Ideen entwickeln und umsetzen. Die Metropolregion soll künftig stärker für die kulturelle Entwicklung der Stadt genutzt werden unter Einbindung der Stärken des Kulturstandortes Hannover und der damit verbundenen Chancen auf Fördergelder der EU.

Die **Kunst im öffentlichen Raum** ist ein Markenzeichen der Kunst in Hannover. Wir haben die Mittel zur Instandsetzung der vorhandenen Kunstwerke und zur Öffentlichkeitsarbeit in den letzten Jahren erhöht.

»Hannover braucht eine **lebendige und nachhaltige Erinnerungskultur**. Nach der Befreiung Deutschlands durch die Alliierten hat es auch in der Landeshauptstadt Hannover Phasen der Aufarbeitung der NS-Gewaltherrschaft gegeben. Insbesondere durch Ausstellungen im Historischen Museum und errichtete Mahnmale am Standort der KZ-Außenlager in Stöcken, Misburg und Ahlem sind Zeichen aktiver Erinnerungsarbeit gesetzt worden.

Für eine kontinuierliche und nachhaltig wirkende Erinnerungsarbeit ist es erforderlich, einen **konzeptionellen Rahmen** zu formulieren und **dabei insbesondere der jüngeren Generation** über geeignete Medien und Aktivitäten **nachhaltig einen Zugang zu verschaffen**. Das von uns an die Verwaltung in Auftrag gegebene Rahmenkonzept für eine Gedenk- und Erinnerungskultur der Landeshauptstadt Hannover werden wir in der nächsten Wahlperiode umsetzen. Es soll die in Hannover bereits vorhandenen Orte des Mahnens und Aktivitäten der Erinnerungsarbeit wie z. B. KZ-Außenlager, Zwangsarbeiterlager, Seelhorster Friedhof, Mahnmal Opernplatz, Gedenkstätte Ohestr., Ehrenmal Maschsee, ehem. Synagoge Rote Reihe u. a. wie die Stolpersteine einbeziehen. Wir wollen die Kooperationsbeziehungen mit der Region Hannover auf einem gleichberechtigten Niveau weiter ausbauen mit dem Ziel, die Ausstellungen Breuste mit dem zentralen Ort der Erinnerung in Ahlem zu verknüpfen.«

9. Sport- und Eventstadt Hannover

Hannover ist Sportstadt und insbesondere eine Stadt mit sehr vielen Sportaktiven. Im Rahmen der Befragung zur Sportentwicklungsplanung haben 80 % der Hannoveranerinnen und Hannoveraner angegeben, dass sie sich regelmäßig sportlich bewegen. Wir wollen, dass alle Hannoveranerinnen und Hannoveraner, von den Jüngsten in Krippen und Kitas bis zu den Seniorinnen und Senioren, sich regelmäßig sportlich betätigen. Denn Sport hält gesund und Sport fördert Lernen und Entwicklung.

Die Sportlandschaft hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verändert. Sportliche Betätigung ist individueller geworden, viele kommerzielle Anbieter haben sich als Konkurrenz zu den Sportvereinen entwickelt. Gleichzeitig ist aber auch das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger gestiegen, wie wichtig Sport für die Gesundheit ist. Es ist Anliegen der SPD, sportferne Bevölkerungsgruppen zu Sport und Bewegung zu motivieren.

Unsere Sportpolitik steht unter dem Leitmotiv »Sport für alle«. Breitensport einerseits und Leistungs- oder Spitzensport andererseits sind für uns dabei keine Gegensätze. Sie sind zwei Seiten einer Medaille. Denn Spitzensport ist ohne Breitensport und Nachwuchsförderung in den Sportvereinen nicht denkbar, wobei das Potenzial, welches vor allem dem Breitensport innewohnt, erst dann vollständig ausgeschöpft werden kann, wenn auch Mädchen und Frauen die Möglichkeit erhalten, gleichberechtigt daran teilzunehmen. Gleiches gilt für die in unserer Stadt lebenden Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund. So wollen wir auch in Zukunft ein vielfältiges, interessantes, nachhaltiges und kreatives Sportangebot in Hannover ermöglichen.

Wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihren Einkommen Sport treiben können und sich eine Mitgliedschaft im Sportverein leisten können. Dies gilt insbesondere für Kinder und Jugendliche. Deshalb werden wir, unabhängig von der Einführung von Bildungsgutscheinen, bedürftigen Kindern und Jugendlichen mit dem Hannover-Aktiv-Pass auch die Mitgliedschaft in Sportvereinen finanzieren.

Seit 2006 haben wir für die Sportstadt Hannover viel erreicht:

- Im Rahmen des Schulsanierungsprogramms haben wir zahlreiche Sporthallen saniert oder sogar neu gebaut.
- Wir haben das Misburger Bad auf Basis eines Investorenmodells modernisiert und das Freibad in Hainholz als Naturbad völlig neu gestaltet.
- Wir haben die Sportvereine bei der energetischen Sanierung ihrer Sportstätten (Vereinsgebäude) mit eigenen Haushaltsmitteln unterstützt.
- Mit den »Leitlinien der Sportentwicklungsplanung« hat die Verwaltung eine umfassende Analyse über Situation und Herausforderungen des Sports in Hannover vorgelegt.
- Wir haben neue Angebote für den individuellen, nicht-vereinsgebundenen Sport, wie z.B. die Markierung von Laufstrecken in der Eilenriede und die Kilometrierung rund um den Maschsee geschaffen.

- Wir haben im Haushalt 2011 eine Freilufthalle als alternative Sportstätte auf den Weg gebracht.
- Wir haben die Etablierung neuer Sport-Events unterstützt,
- Wir haben die Sportförderung trotz schwieriger Finanzlage gesichert.

Für die neue Ratsperiode bis 2016 setzen wir folgende Schwerpunkte: Sportentwicklungsplan zusammen mit Stadtsportbund und Sportvereinen entwickeln und umsetzen

Auf Grundlage der vorliegenden »Leitlinien für die Sportentwicklungsplanung« wollen wir in enger Kooperation und Abstimmung mit Stadtsportbund und den Sportvereinen für die gesamte Stadt einen Sportentwicklungsplan entwickeln. Wir verstehen dabei Sportentwicklungsplanung als laufenden Prozess, der ständig auf sich verändernde Rahmenbedingungen reagieren kann.

Sport- und Bewegungsforen in allen Stadtbezirken sollen dabei helfen, die Umsetzung des Sportentwicklungsplans insgesamt und die bessere Vernetzung der Sportvereine untereinander, aber auch mit anderen Einrichtungen, z.B. Schulen, Kitas, Kultur- und Stadtteilzentren voranzutreiben.

Im Rahmen des Sportentwicklungsplans soll auch ein Sportflächenkataster erstellt werden. Das Kataster soll Grundlage sein, um die Sportflächen insgesamt noch besser auszulasten. Außerdem sollen alternative Sportstätten wie z.B. Freizeitheime, Seniorentreffs+, Gemeindezentren systematisch für Sportaktivitäten erschlossen und genutzt werden.

Hannover als aktiver Partner der Sportvereine

»Sport ist im Verein am schönsten«. Diese Überzeugung teilen wir mit den Sportvereinen. Sportvereine nehmen außerdem wichtige Aufgaben im Bereich der Bildung, Betreuung, Gewaltprävention und der Integration wahr. Dabei wissen wir, dass auch die Sportvereine mit knappen Ressourcen arbeiten müssen. Das ehrenamtliche Engagement muss weiterhin die Säule des Handelns in den Vereinen sein. Wir wollen deshalb die Sportvereine auch in Zukunft in vielfältiger Weise unterstützen. Dazu gehören die kostengünstige Bereitstellung von städtischen Sporthallen, Schwimmbädern und Sportflächen und die Unterstützung bei der Sanierung von Vereinsgebäuden. Für Vereine, die ihre Sportplätze selbst pflegen müssen, werden wir prüfen, inwieweit die Platzpflegepauschale angesichts gestiegener Betriebskosten (insbesondere durch den Anstieg der Kraftstoffpreise) erhöht werden kann.

Sportvereine verdienen Unterstützung, um sich den gesellschaftlichen Herausforderungen wie dem demographischen Wandel, dem Ausbau von Ganztagschulen oder den veränderten Ansprüchen an das Sportangebot zu stellen. Dazu gehört auch, solche Vereine zu unterstützen, die ihre Zukunft in einem tragfähigen Zusammenschluss mit anderen Vereinen sehen.

Ferner wollen wir die Sportvereine bei der Gewinnung und Qualifizierung von Übungsleiterinnen und Übungsleitern bzw. Trainerinnen und Trainern für die Nachwuchsarbeit aber auch bei Führungskräften in den Vereinen und Fachverbänden unterstützen. Wie dies am besten geschehen kann, werden wir zusammen mit dem Stadtsportbund als Vertreter der Vereine und Fachverbände prüfen und ausarbeiten.

Mit den Kleinsten beginnen

Sport sollte bereits bei den Kleinsten beginnen. Denn Sport und Bewegung sind für die Kindesentwicklung besonders wichtig. Wir wollen deshalb durch Qualifizierung von Multiplikatoren bzw. Übungsleiterinnen und –leitern und besondere Angebote für junge Eltern im Kontext der Kitas und Familienzentren Sport als Teil der frühkindlichen Bildung etablieren. Sport und psychomotorische Bewegung sollen für alle Kinder in den Krippen und Kitas selbstverständlich und fester Bestandteil der dortigen Bildungsarbeit sein.

Sportvereine mit Kitas und Schulen vernetzen

Wir wollen die Vernetzung von Sportvereinen mit Kitas und Schulen fördern. Durch Kooperation gewinnen beide Seiten. Kitas werden bei Sportangeboten unterstützt. Die Schulen können zusätzliche Schulsport- und freiwillige Projektangebote entwickeln. Den Sportvereinen bietet sich die Chance, Kinder und Jugendliche als neue Mitglieder zu gewinnen und Sporttalente zu entdecken und zu fördern.

Wir wissen, dass unser Ziel, alle Grundschulen zu Ganztagschulen weiter zu entwickeln, insbesondere für die Sportvereine eine Herausforderung darstellt. Viele Sportvereine fürchten, dass ihnen dann Sporthallenkapazitäten fehlen oder eine Konkurrenz zu den Sportvereinen entsteht. Wir wünschen uns, dass die Sportvereine aktive Partner der Ganztagsgrundschulen werden. Wir werden dies stadtteilorientiert durch eine enge Kommunikation und Vernetzung zwischen den Schulen und den Sportvereinen sowie durch den Einsatz von Schulkoordinatoren unterstützen.

Senioren-sport ausbauen

Regelmäßige sportliche Betätigung ist insbesondere für ältere Menschen wichtig. Sport hält gesund und fit. Für den Alterssport sehen wir auch für Hannover noch erhebliche Entwicklungsmöglichkeiten, zumal die Zahl älterer Menschen auch in Hannover kontinuierlich zunehmen wird. Wir wollen Alterssport gezielt in den Freizeitangeboten des kommunalen Seniorenservice verankern. Dazu gehören auch organisierte Wanderungen und Radtouren, spezielle Angebote in den Schwimmbädern und neue Angebote in den städtischen Pflegeheimen. Wir werden die Qualifizierung von Multiplikatoren und Übungsleiterinnen und –leitern in diesem Bereich unterstützen.

Gute Angebote auch für den nicht im Verein organisierten Sport

Neben den Sportvereinen gibt es in der Sportlandschaft Hannovers viele weitere Formen Sport zu betreiben. Viele Bürgerinnen und Bürger treiben regelmäßig Sport außerhalb von Sportvereinen, z.B. Joggen, Nordic Walking, Inline-Skaten, Radfahren, Schwimmen und vieles mehr. Wir wollen auch für diese Aktiven attraktive Sportmöglichkeiten bieten. Unsere vielfältigen Naherholungsgebiete bieten dafür sehr gute Voraussetzungen. Konkret werden wir weitere Laufstrecken einrichten, die Bolzplätze erhalten und ausreichend allgemeine Öffnungszeiten in den Schwimmbädern vorhalten. Wir setzen uns auch weiterhin für den Erhalt bisher vor allem durch unorganisierte Sportler und Privatinitiativen genutzter Sportflächen ein. So

kommt für uns z.B. eine Bebauung des Sportplatzes am Robert-Koch-Platz (ehemalige Sportfläche der TiHo) im Stadtteil Bult nicht in Frage. Die Öffnung weiterer Sportanlagen werden wir prüfen. Kinder und Jugendliche sollen auch außerhalb der Schulzeiten die Schulhöfe nutzen können.

Ein wichtiger Ansatzpunkt zur Steigerung des Sportengagements der Hannoveranerinnen und Hannoveraner sind Informationen über das bestehende Sportangebot. Wir wollen zusammen mit dem Stadtsportbund noch besser über das Sportangebot in der Stadt informieren, z.B. mit der Einrichtung eines Sportportals unter »hannover.de«.

Hannover als Standort für Leistungs- und Spitzensport

Der Leistungs- und Spitzensport soll auch zukünftig in Hannover eine wichtige Rolle spielen. Im Fußball, Handball und Eishockey befinden wir uns in der Leistungsspitze. Auch im Hockey haben wir aktuell den Anschluss vollzogen und im Rugby sind insbesondere die Jugendmannschaften erfolgreich. Diese Beispiele zeigen, dass Hannover auch im Spitzensport breit aufgestellt ist. Ein weiteres wichtiges Element des hannoverschen Spitzensports sind das Sportleistungszentrum, der Olympiastützpunkt und die Feldjägerschule, die zahlreichen Spitzensportlerinnen und -sportler ausgezeichnete Trainingsmöglichkeiten sowie die Vereinbarkeit von Spitzensport und Beruf ermöglicht. Diese gilt es zu erhalten und ggf. auszubauen.

Wir wollen insbesondere durch Förderung des Kinder- und Jugendsports die Basis für den Leistungs- und Spitzensport in Hannover fördern. In diesem Zusammenhang wollen wir Fördermöglichkeiten, z.B. bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen erleichtern und ein Hannoverstipendium für herausragende Nachwuchssportler initiieren.

Attraktive Sportstätten

Im Rahmen der Schulsanierung sind in den vergangenen fünf Jahren zahlreiche Sporthallen saniert oder sogar neu gebaut worden. Besonders Glanzstück ist die neue Dreifeldhalle am Lister Kirchweg. Wir werden die Sporthallensanierung und Erstellung von Neubauten auch in den kommenden fünf Jahren konsequent fortsetzen. Dabei werden wir auch die veränderten Bedürfnisse an Turn- und Sporthallen und die gewünschte öffentliche Nutzung berücksichtigen.

Das Programm »Energetische Sportstättenanierung für Vereinssportanlagen« wird fortgesetzt. Seine Effekte für den Sport, die lokale Wirtschaft und den Klimaschutz machen das Programm seit Jahren zu einem Erfolgsprojekt. Deshalb haben wir schon bei den Haushaltsplanberatungen für 2011 einen Schwerpunkt in diesem Bereich gesetzt und die Mittel deutlich aufgestockt. Dieses wollen wir auch in der nächsten Wahlperiode fortsetzen und so möglichst weitere Sportvereine in das Programm aufnehmen.

Ein Hauptaugenmerk sollte auch auf überdachten Flächen für den Sport liegen, die auch in der schlechten Jahreszeit nutzbar sind. So könnten Sporthallen entlastet werden. Gleichzeitig soll versucht werden, Sportflächen auszuweiten bzw. Flächen sportfähig zu machen (z.B. Laufstrecken).

Das vielfältige Angebot der städtischen Schwimmbäder bzw. der Schwimmbäder in Verantwortung von anderen Trägern z.B. Vereinen wollen wir erhalten. Wir wollen, dass die Bäder insgesamt noch optimaler ausgenutzt werden, sowohl durch Vereinssport, als auch durch Freizeitschwimmerinnen und –schwimmer. Von besonderer Bedeutung sind dabei Freiräume für die Durchführung von Schwimmunterricht. Unser Ziel ist es, dass jedes Kind in Hannover, das die Grundschule verlässt, schwimmen kann.

Hannover ist Eventstadt

Hannover hat sich in den vergangenen Jahren immer mehr auch als Eventstadt entwickelt und damit an Attraktivität gewonnen. Dazu gehören sportliche Großereignisse z.B. die Fußball-WM, die »Nacht von Hannover« oder »Skate by night«, aber auch Klassiker wie »Swinging Hannover« vor dem Rathaus am Himmelfahrtstag, der Feuerwerkswettbewerb, das »Kleine Fest im Großen Garten«, die »Klassik in der Altstadt«, das Maschseefest, »Masala«, das Schützenfest und die Weihnachtsmärkte. Sie prägen Hannover als Eventstadt ebenso wie neuere Angebote, z.B. die »Fête de la Musique«, das »BootBooHook-Festival«, die »KunstFestSpiele«, die »Nacht der Museen« oder »Christopher-Street-Parade«.

Veranstaltungen und Events tragen erheblich zur Lebensqualität in Hannover bei. Unzählige Veranstaltungen in den Stadtteilen ergänzen dieses kulturelle Angebot und stiften dort

Identität. Sie haben für uns auch weiterhin einen hohen Stellenwert. Übergeordnetes Ziel muss es sein, die Qualität vorhandener Veranstaltungen weiter zu steigern und Veranstaltungen mit positiven Auswirkungen für Hannover in unsere Stadt zu holen.

Die Gründung des Fachbereichs Sport und Eventmanagement hat dazu bereits einen wichtigen Beitrag geleistet. Die dort geleistete Arbeit ist ein wichtiger Beitrag zu den Möglichkeiten und Voraussetzungen des Stadtmarketings.

Für Anlieger können Veranstaltungen eine Belastung darstellen. Verkehr, Lärm oder Müll können hier Konflikte verursachen. Wir treten dafür ein, dass Veranstaltungen vor diesem Hintergrund begleitet und zusammen mit den Veranstaltern so gestaltet werden, dass solche Konflikte gelöst werden bzw. erst gar nicht entstehen.

10. Gesundes Hannover – unsere Politik für eine gute Umwelt

Umweltschutz ist ein zentrales Thema, für das wir uns bereits seit Jahrzehnten besonders einsetzen. Wir wollen, dass sich alle in Hannover wohl fühlen. Gesundes Hannover heißt für uns nicht nur gesunde Luft, gesunder Boden und weniger Lärm, sondern auch gute Naherholungsmöglichkeiten, der Erhalt der vielen Grünflächen wie z.B. der Eilenriede, der Gärten und Parks und der rund 20.000 Kleingärten. Sie machen Hannover besonders lebenswert. Das soll auch in Zukunft so bleiben.

Umweltschutz ist immer auch eine Investition in die Zukunft. Wir stellen uns dieser wichtigen Aufgabe, um auch kommenden Generationen eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen. Der wirksame Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlage für die heutige und für die künftige Generation ist für uns ein zentrales Anliegen.

Umweltpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung. Für uns hat die Stadtverwaltung auch bei der Umweltpolitik Vorbildfunktion und nimmt diese ein. Das reicht von der energetischen Sanierung über die umweltschonende Grünflächenpflege bis zum städtischen Fuhrpark, der ebenfalls die Anforderungen der Umweltzone erfüllt. Wir werden deshalb die umweltpolitischen Ziele und Maßnahmen kontinuierlich weiterentwickeln. Umweltpolitische Ziele werden wir auch bei der Bauleitplanung, bei städtebaulichen Verträgen, bei Grundstücksverkäufen, bei der Landschaftsgestaltung und bei der Produktbeschaffung in angemessener Form berücksichtigen.

Ein verantwortungsvoller Umgang mit der Natur sichert die Lebensgrundlagen für unsere und für künftige Generationen. Die hannoversche SPD tritt für eine nachhaltige Entwicklung und eine integrierte, ressortübergreifende Umweltpolitik ein.

Was wir erreicht haben:

- Wir haben die Attraktivität der Grünflächen und Naherholungsmöglichkeiten weiter verbessert, u.a. im Rahmen mit dem Projekt »Gartenregion«. 90 % der Bürgerinnen und Bürger sind mit den Grünflächen und Naherholungsmöglichkeiten zufrieden oder sogar sehr zufrieden.
- Die erfolgreiche Umweltpolitik Hannovers wurde auch von externen Experten geprüft und anerkannt. Hannover wurde in letzter Zeit mit insgesamt acht Umweltpreisen ausgezeichnet.
- Mit dem Luftreinhalteplan haben wir die europäischen Vorgaben für eine Verbesserung der Luftqualität in den Städten konsequent umgesetzt. Die Einführung der Umweltzone trägt dazu bei, den Gesundheit gefährdenden Feinstaub und Stickoxidemissionen zu senken.
- Wir haben die Hochwassergefährdung analysiert und setzen auf dieser Grundlage ein wirksames Hochwasserschutzprogramm zum Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner in Nähe der Leine und Ihme um.
- Wir haben die Altlastensanierung des ehemaligen Conti-Limmer-Geländes abgeschlossen.
- Wir unterstützen die Wohneigentümerinnen und –eigentümer bei der Sanierung der Altlasten in der List mit insgesamt 1,1 Mio. Euro und eine Sanierungsplanung aus einer Hand.

- Wir haben die Weichen für den Aufbau eines städtischen Altlastensanierungsfonds gestellt, der zukünftig Privateigentümer bei der Sanierung von Altlasten unterstützen soll.

Bis 2016 setzen wir folgende Schwerpunkte:

Grünflächen und Naherholungsmöglichkeiten weiter entwickeln

Öffentliche Parks, Gärten, Grün- und Freiflächen sind beliebte Orte für Freizeit und Naherholung. Der Erhalt der öffentlichen Grün- und Erholungsflächen, die regelmäßige Pflege und das sauber halten der städtischen Grünanlagen sowie Nach- und Neupflanzungen, sind für das Stadtklima – sie filtern Lärm und Staub, dämpfen Temperaturschwankungen – wichtig und tragen zur Attraktivität unserer Stadt als Erholungs- und Erlebnisraum bei.

Wir werden die Eilenriede als Stadtwald mit wichtiger Naherholungsfunktion und als Lebensraum für Fauna und Flora erhalten. Beide Aspekten muss die Nutzung gerecht werden.

Wir werden die Grünflächen untereinander, z.B. des Julius-Trip-Ringes und des Grünen Ringes weiter miteinander vernetzen und die nördliche Leineaue als Naturschutz – und Naherholungsfläche erhalten. Die Idee eines großen Sees im nördlichen Hannover, der wertvolle Naturschutz- und Erholungsflächen unter Wassermassen begraben würde, lehnen wir ab.

Wir wollen die Erlebbarkeit von Leine und Ihme durch Umsetzung von HannoverCity 2020+ und auf Basis des studentischen Wettbewerbs über die Entwicklungsmöglichkeiten des Ihmeufers in Linden-Süd verbessern. Ein möglicher Rückbau des City-Rings auf Grundlage des Masterplans soll auch für zusätzliche Grünflächen genutzt werden.

Gesetzliche vorgeschriebene Ausgleichsmaßnahmen sollen verstärkt zur Stärkung der Grünqualität in den Stadtteilen genutzt werden. Das 1.000-Bäume-Programm soll fortgeschrieben werden.

Wir wollen, dass die öffentlichen Parks und Grünflächen verantwortungsvoll genutzt werden. Deshalb werden wir auch zukünftig Parkranger einsetzen. Außerdem wollen wir ehrenamtliches Engagement von Bürgerinnen und Bürgern z.B. als Spielplatz- oder Baumpaten stärker fördern.

Kleingärten und Kleingartenanlagen

Die rund 20.000 Kleingärten und mehr als 100 Kleingartenanlagen haben einen großen Anteil am aktiven Naturschutz in unserer Stadt, tragen zur ökologischen Vielfalt bei und sind für uns eine wichtige Säule des Freizeit und Naherholungsraumes. Kleingärten betrachten wir als wohn- oder siedlungsnahes Grün, sie sind damit ein wichtiger Teil der städtischen Grünstruktur. Aufgrund ihrer öffentlichen Zugänglichkeit und mit ihren öffentlichen Gemeinschaftsanlagen, Spielplätzen und Verweilmöglichkeiten haben sie wichtige Naherholungsfunktion für alle Hannoveranerinnen und Hannoveraner. Mit ihrer artenreichen Flora und Fauna bilden sie grüne Inseln und ökologische Nischen in der Großstadt. Durch ihr Grün wird außerdem das Stadtklima positiv beeinflusst und die Luft gefiltert.

Wir werden die vielfältigen Kleingärten und Kolonien erhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass Kleingartenanlagen kein Bauerwartungsland sind. Für eine lebenswerte Stadt unterstützen wir die verstärkte Einbindung der Kleingartenanlagen in die öffentliche Grün- und Freiflächenplanung, damit sie sich sinnvoll ergänzen und vernetzen.

Wir unterstützen die Entwicklung eines Konzeptes »Gartenlust durch Gartenfrüchte« zusammen mit dem Kleingartenverband, um Anbau und Wertschätzung von Obst und Gemüse und die Freude am Ernten zu fördern. Wir sehen dies auch als einen Beitrag zu Ernährungsbewusstsein und gesunder Ernährung. Dies könnte z.B. durch jährlich wechselnde Kampagnen wie beispielsweise »Kartoffelsommer« oder »Tomatensommer« geschehen und mit Besichtigungen, Vorträgen, Wettbewerben, künstlerischen Angeboten und Tauschbörsen verbunden sein.

Hausgärten verstärkt in den Blick nehmen

Es gibt in der Stadt ein noch wenig beachtetes Potenzial von Hausgärten. Um diese Gärten stärker ins Bewusstsein zu rücken, auch für die gesunde Ernte von Obst, Beeren, Gemüse und Kräuter, soll die Stadt einen Preis für die besten Hausgärten ausloben, der ähnlich wie der Preis für die Kleingärten, alle 2 Jahre vergeben wird.

Gesunder Boden

Wir wollen die Altlastensanierung in der List zügig abschließen. Der bereits vom Rat beschlossene Altlastensanierungsfonds der Stadt soll in den nächsten Jahren so ausgebaut werden, dass er ein wirksames Instrument zur Unterstützung von Altlastensanierung auch durch Privateigentümer wird. Altlastensanierung soll dann förderwürdig sein, wenn die Qualität der Sanierung höher als der gesetzliche Mindeststandard ist. Der Altlastensanierungsfonds soll auch helfen Industriebrachen zu sanieren und zu revitalisieren.

Gesunde Luft

Durch europa- und bundesgesetzliche Vorgaben hat sich auch die Luftqualität in Hannover deutlich verbessert. Auch die Umweltzone trägt dazu bei, dass die Grenzwerte für gefährliche Luftschadstoffe wie Feinstaub und Stickoxide nicht überschritten werden. Außerdem werden wir die Wirkung neuer katalytischer Straßenebelege zur Verbesserung der Luftqualität prüfen. Die wichtigste Bedeutung für die Luftqualität haben jedoch weiterhin der Stadtwald und die zahlreichen Parks und Grünflächen, die wir schützen werden.

Weniger Lärm

Viele Menschen, insbesondere an den verkehrsreichen Straßen, leiden unter Lärm. Mit dem Lärminderungsaktionsplan liegt uns eine gute Grundlage für weitere Schritte insbesondere gegen den Straßenlärm vor. Wir werden weiter prüfen, welche Maßnahmen wirklich effektiv sind. Eine zeitweilige Beschränkung der Geschwindigkeit auf den Hauptverkehrsachsen auf 40 km/h lehnen wir ab. Stattdessen befürworten wir eine konsequente Kontrolle der bestehenden Geschwindigkeitsbeschränkungen.

Wohngebiete sollen auch unter dem Aspekt des Lärmsschutzes weiterhin von Durchgangsverkehr frei gehalten werden. Die Stadt wird sich weiterhin vehement dafür einsetzen, dass die Lärmbelastung an den Bahngüterstrecken vermindert wird. Dies erfordert zusätzliche Lärmschutzwände, Lärmschutzmaßnahmen an den Häusern und vor allem eine Lärminderung des rollenden Materials.

Aktiver kommunaler Hochwasserschutz

Wir werden auch in Zukunft aktiven kommunalen Hochwasserschutz betreiben. Die aktuelle Ihmeabgrabung und Neubau der Ihmebrücke am Schwarzen Bären sind wichtige Bausteine für den Hochwasserschutz insbesondere für die südlichen Stadtteile. Diese Maßnahmen zu unterlassen, halten wir für unverantwortlich.

Hannover hat auch eine besondere Verantwortung für die Unterlieger an der Leine. Deshalb soll sich die Stadt als Motor bei der Umsetzung von regionalen Konzepten begreifen und die Interessen zusammen mit den anderen Leineanrainerkommunen gegenüber dem Land bündeln.

Zur Vermeidung von Hochwasserschäden in den Stadtteilen soll das Stadtentwässerungssystem mit Hilfe von Stresstests auf seine Starkregentauglichkeit untersucht und gegebenenfalls entsprechend ausgebaut werden.

Trinkwasserversorgung und Stadtentwässerung bleiben in kommunaler Hand

Eine funktionierende Trinkwasserversorgung mit hoher Trinkwasserqualität zu angemessenen Preisen ist ein hohes Gut. Wir werden deshalb die Trinkwasserversorgung in den kommunalen Händen der Stadtwerke lassen und nicht privatisieren.

Eine Stadt ist ohne leistungsfähige Stadtentwässerung nicht vorstellbar. Die Stadtentwässerung soll nicht privaten Gewinninteressen ausgesetzt werden, die zu steigenden Abwassergebühren und sinkenden Investitionen in das Kanalnetz führen könnten. Deshalb werden wir die Stadtentwässerung weiter in kommunaler Hand halten und nicht privatisieren

Verbraucherschutz fängt auf kommunaler Ebene an

Hannover trägt Verantwortung für die Bevölkerung auch beim Thema Verbraucherschutz, Sie soll beim Konsum von Waren und der Inanspruchnahme von Dienstleistungen keinen gesundheitlichen oder anderen Schaden zu nehmen. Wir wünschen uns aufgeklärte Verbraucherinnen und Verbraucher, die beim Einkauf von Lebensmitteln durch Informationen über den Anbau und die Herstellung der Ware bewusst auswählen. Gerade in der Außer-Haus-Verpflegung sind Kenntnisse über Kontrollen und der Verarbeitung von Lebensmitteln ein unverzichtbares Kriterium für Genuss und Qualität. Eine umfassende Information der Bürgerinnen und Bürger ist die beste Voraussetzung zu einem wirksamen Verbraucherschutz.

Wir wollen den Verbraucherschutz in Hannover mit folgenden Aktivitäten fördern:

- Wir werden die Verbraucherzentrale auch zukünftig finanziell fördern.
- Lebensmittelüberwachung. Durch Betriebskontrollen und Probenuntersuchungen wird erreicht, dass die Unternehmen keine Lebensmittel, die gesundheitsschädlich oder für den Verzehr nicht mehr geeignet sind, verwertet werden.

- Gaststätten- und Gewerbekontrolle: Im Rahmen der Aufgaben des Gewerbeamtes werden wir Gaststätten und andere relevante Ernährungsbetriebe weiterhin konsequent überwachen, um Gesundheitsgefährdung für die Kunden zu vermeiden.
- Die Marke »Natürlich.....Region Hannover« wird um den Aspekt »gesund leben« erweitert. Auf dem Weg in Richtung einer nachhaltigen Lebensweise stellt Hannover sich den Anforderungen an eine gesunde Ernährung über den Verbrauch biologischer Lebensmittel. Zusammen mit Erzeugern und dem Handel wollen wir den Anteil von Bio-Lebensmitteln deutlich steigern.
- Zusammen mit der Gastronomie und dem Lebensmittelhandel wollen wir ein Programm für gesunde und ökologische Ernährung starten, um die Zahl der Gastronomiebetriebe mit Bio-Zertifizierung zu steigern.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die bestehende Verbraucherplattform weiter entwickelt wird. Dort sollen Informationen über Gesundheitsgefährdung durch Lebensmittel abgerufen werden können, die Ergebnisse von Betriebskontrollen eingestellt werden, Links zu Verbraucherschutzinformationen aufgeführt sind und Beschwerden über Lebensmittelprobleme eingeben werden.

11. Energie und Klimaschutz – ohne Atomstrom und regenerativ

Wir stehen für eine Klima schonende und atomenergiefreie Energiepolitik in kommunaler Hand. Deshalb haben wir uns in den vergangenen Jahren immer wieder den Forderungen anderer Parteien, die Stadtwerke Hannover zu privatisieren, konsequent widersetzt. Die Stadtwerke bleiben auch in Zukunft in städtischer Hand, damit wir unsere Energieversorgung selbst bestimmen können und die rund 2.500 direkten Arbeitsplätze und die Wertschöpfung von mehr als 400 Mio. Euro pro Jahr in der Region halten können.

Global steht die Menschheit vor der großen Herausforderung, die klimaschädlichen CO₂-Emissionen drastisch zu reduzieren. Dies bedeutet unter anderem, dass wir unseren Energiebedarf deutlich reduzieren und die Energieerzeugung umstellen müssen. Wir müssen unser Energie- und Wirtschaftssystem so umstrukturieren, dass wir in Zukunft klimafreundlich, energieeffizient und nachhaltig produzieren, arbeiten und leben. Klimaschutz ist eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe. Wir wollen durch eine aktive kommunale Klimaschutzpolitik dazu beitragen. Ökologisch denken und handeln, umweltgerecht planen, energieeffizient bauen, das ist unser Anspruch.

Mit der »Klimaallianz 2020« haben wir im Jahr 2008 ein ehrgeiziges Klimaschutzprogramm beschlossen, mit dem Ziel bis 2020 die jährlichen CO₂-Emissionen in Hannover gegenüber 1990 um rund 1,8 Mio. Tonnen bzw. 40 % zu senken. Dies entspricht dem nationalen Klimaschutzziel. Dabei wirken andere wichtige Partner wie z.B. die Stadtwerke, die Umweltverbände, die Wohnungswirtschaft und die örtlichen Industrieunternehmen mit.

Klimaschutz geht jeden an. Jede Bürgerin, jeder Bürger ist aufgerufen, klimabewusst und energiesparend zu handeln. Nur dann können wir unsere ehrgeizigen Klimaschutzziele auch erreichen. Gerade beim Energiesparen gibt es noch große Potentiale. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger dabei unterstützen.

Seit 2006 haben wir bereits erreicht:

- die Verabschiedung der »Klimaallianz 2020«, mit der sich die Stadt und alle wichtigen Akteure zu konkreten Klimaschutzmaßnahmen verpflichtet haben (siehe oben),
- den massiven Ausbau der Kraft-Wärmekopplung durch Bau des GuD-Kraftwerkes in Linden (Kosten 155 Mio. Euro) durch die Stadtwerke Hannover AG, damit verbunden eine jährliche Minderung der CO₂-Emissionen um rund 200.000 Tonnen,
- eine atomstromfreie und auf Kraftwärmekopplung basierte Stromerzeugung bei den Stadtwerken und den Ausschluss von Atomstrom bei den Stromlieferungen an die Stadt- und Regionsverwaltung,
- den kontinuierlichen Ausbau des Fernwärmenetzes,
- eine umfassende Schul- und Kitasanierung (siehe Kapitel Bildung),
- eine überdurchschnittliche Nutzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel wie ÖPNV und Fahrrad und wachsende Fahrgastzahlen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV),

- den Bau der größten Nullemissionssiedlung in Deutschland »In der Rehre«,
- die Förderung von besonderen Klimaschutzprojekten durch den Klimafonds mit einem Volumen von 5 Mio. Euro pro Jahr und den Aktivitäten der Klimaschutzagentur,
- erste Pilotprojekte im Bereich der Elektromobilität.

Für die neue Ratsperiode setzen wir folgende Schwerpunkte:

Umsetzung der Klimaallianz 2020

Wir werden die städtischen Bausteine im Rahmen der »Klimaallianz 2020« wie z.B. die energetische Gebäudesanierung, Neubauten nur im Passivhausstandard, Vorrang für Passivhausbauweise in Neuaugedieten, Ausbau des ÖPNV und Ausbau des Radwegenetzes konsequent fortsetzen. Für die städtischen Gebäude wird ein flächendeckendes Energiemanagementsystem eingeführt. Die Umsetzung der Partnerbeiträge wie z.B. der ansässigen Unternehmen wird durch die Fortsetzung der Projektgruppenarbeit begleitet.

Wir wollen den öffentlichen Stromverbrauch außerdem durch systematischen Ausbau energiesparender Straßenbeleuchtung (z.B. mit LED-Technik) und LED-Ampelsignalanlagen weiter senken.

Wir werden das Klimaschutzaktionsprogramm 2020 in den nächsten fünf Jahren konzeptionell weiterentwickeln, um der Vision einer kommunalen Energieversorgung und Mobilität ohne fossile Brennstoffe näher zu kommen. Hannover soll auch zukünftig Vorreiter beim Klimaschutz sein.

Massiver Ausbau der regenerativen Energieerzeugung

Die Energieerzeugung der Stadtwerke wird auch zukünftig atomstromfrei sein. Im Rahmen der neuen Strategie K2020 der Stadtwerke Hannover AG soll die regenerative Stromerzeugung vor allem durch Ausbau der Windkraft und der Biomasse massiv ausgebaut werden. Bis 2020 sollen alle privaten Haushalte in Hannover mit regenerativem Strom versorgt werden. Der gesamte Strombedarf Hannovers (einschließlich Industrie) soll durch Ökostrom und umweltfreundliche Kraft-Wärme-Kopplung gedeckt werden. Die Stadt Hannover wird durch entsprechende Vorgaben bei Ausschreibungen auch zukünftig nur kernenergiefreien Strom beziehen.

Wir befürworten die Nutzung der Wasserkraft der Leine an geeigneten Staustufen im Stadtgebiet wie etwa an der ehemaligen Wasserkunst, am großen Leineweher in Döhren und am Turbinenkanal in Döhren. Soweit es die rechtlichen, technischen und ökologischen Voraussetzungen zulassen, soll an diesen Stellen durch Turbinen Energie gewonnen werden.

Unsere Vision ist, dass die in der Stadt anfallende Biomasse weitest möglich nicht nur zur Kompostierung, sondern auch zur Energieerzeugung genutzt wird. Die Umsetzung werden wir zusammen mit den Stadtwerken prüfen.

Ausbau der Fernwärme

Wir wollen den Anteil der Fernwärme am hannoverschen Wärmemarkt durch Ausbau des Fernwärmenetzes um jährlich 15 MWh Anschlussleistung kontinuierlich steigern. Durch Bau der GuD-Anlage in Linden sind auf der Erzeugungsseite aus-

reichende Kapazitäten für den Ausbau der Fernwärmenutzung vorhanden. Ziel ist eine Anschlussleistung von mindestens 1.000 MWh in 2020 sowie ein Anteil am Wärmemarkt von rund 30 % (aktuell 24 %). Zusammen mit den Stadtwerken soll geprüft werden, ob das Ausbauziel sogar auf 1.200 MWh Anschlussleistung erhöht werden kann. Ein besonderer Fokus soll auf verdichtete Wohngebiete, auf Altbauten und auf Haushalten mit Ölheizung liegen. Die Stadtwerke sollen den Fernwärmeausbau mit einer gezielten Marketingstrategie unterstützen.

Umwelt- und klimafreundliche Mobilität

In Hannover entfallen mehr als 20 Prozent der CO₂-Emissionen auf den Bereich Verkehr. Wir können unsere ehrgeizigen Klimaschutzziele nur dann erreichen, wenn auch die mobilitätsbedingten CO₂-Emissionen deutlich zurückgehen. Wir setzen deshalb auf den so genannten Umweltverbund (Fußgänger, Fahrradverkehr, ÖPNV). Ihr Anteil an der Verkehrsmittelnutzung liegt heute bereits bei rund 59 %. Wir wollen auf Grundlage des »Masterplans Mobilität 2025« den Anteil des ÖPNV von heute 18 % auf 25 % im Jahr 2020 steigern, sowie den Anteil des Radverkehrs bis 2025 auf 25 % fast verdoppeln (siehe Kapitel »Hannover 2020plus, Mobilität«).

Auch im Bereich des motorisierten Individualverkehrs wollen wir zusammen mit den Stadtwerken und anderen Kooperationspartnern Impulse für klimafreundliche Mobilität setzen u.a. durch gezielte Marketing-Aktionen für Erdgasfahrzeuge und für Elektroroller und einem Modellprojekt mit ElektroCaddys im Bereich Citylogistik. In Abhängigkeit von diesen Erfahrungen und der weiteren Produkt- und Preisentwicklung werden wir den Einsatz von Elektrofahrzeugen im kommunalen Bereich vorantreiben. Den privaten Einsatz von Elektrofahrzeugen werden wir durch Bereitstellung von E-Tankstellen z.B. am Kröpcke und in Parkgaragen unterstützen.

Vorrang für energiesparendes Bauen

Bei der Ausweisung neuer Baugebiete werden wir Trägern, die im Passivhausstandard bauen, weiterhin Vorrang geben. Nach erfolgreicher Vermarktung der Nullemissionssiedlung »In der Rehre« werden wir weitere Nullemissionsgebiete ausweisen. Die Erfahrungen aus diesem Projekt sollen auf weitere Neubaugebiete übertragen werden.

proKlima-Fonds und Finanzierung der Klimaschutzagentur fortsetzen

Die Förderung der Klimaschutzagentur und des Klimaschutzfonds proKlima werden wir fortsetzen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Fördervolumen durch städtische Mittel und die Mittel der Stadtwerke stabil bei 5 Mio. Euro bleibt und möglichst durch weitere Sponsoren aufgestockt werden kann. Die Klimaschutzagentur soll ein zielgruppenspezifisches Konzept für die Förderung der energetischen Sanierung entwickeln und umsetzen. Mit dem proKlima-Fonds sollen zukünftig auch ein Programm zur Innendämmung für Gebäude mit historischen bzw. denkmalgeschützten Fassaden entwickelt werden. Ferner soll ein Förderprogramm für Plus-Energiehäuser geprüft werden incl. E-Mobilität.

Förderung der Energiesparberatung

Die Energiesparberatung soll deutlich forciert werden. Wir wollen bis 2016 rund 10.000 Haushalte für eine Energiesparberatung gewinnen, dabei sollen aus Mitteln des proKlima-Fonds pro Jahr 1.500 Beratungen gefördert werden. Haushalte mit geringen Einkommen wie z.B. Hartz-IV-Empfänger sollen durch aufsuchende Arbeit erreicht werden. Das spezielle muttersprachliche Angebot für Migranten soll fortgesetzt werden. Ein weiterer Schwerpunkt soll auf der Beratung von Betrieben liegen.

Stadtwerke in kommunaler Hand halten – bezahlbarer Strom für alle

Wir werden die Stadtwerke Hannover AG auch in Zukunft nicht verkaufen und damit unsere Gestaltungsmacht in Bezug auf die kommunale Energie- und Klimaschutzpolitik absichern. Durch eine erfolgreiche Wachstumsstrategie gehören die Stadtwerke zu den 10 größten Energieversorgungsunternehmen in Deutschland. Die Beteiligung an der THÜGA eröffnet den Stadtwerken wichtige zusätzliche Ertrags-, Synergie- und Kooperationspotentiale. Diese Potentiale sollen ausgeschöpft werden. Trotz Einstieg in die erneuerbaren Energien wird der Strom der Stadtwerke bezahlbar bleiben.

12. Solide Stadtfinanzen

Wir werden den zukünftigen Generationen keinen Schuldenberg hinterlassen! Solide Stadtfinanzen sind deshalb für uns ein unverzichtbarer Bestandteil einer verantwortungsvollen und nachhaltigen Kommunalpolitik.

Deshalb ist und bleibt unser Ziel ein ausgeglichener städtischer Haushalt. Mögliche Überschüsse z.B. durch unerwartet hohe Steuereinnahmen sollen genutzt werden, um Defizite aus den Vorjahren abzubauen. Dies ist uns in der vergangenen Ratsperiode seit 2006 auch gelungen! Ein ausgeglichener Haushalt ist auch Voraussetzung, um im notwendigen Umfang investieren zu können.

Solide Finanzpolitik bedeutet für uns auch, die Substanz der städtischen Infrastruktur, z.B. der 112 Schulen, der Straßen und Wege, der Sporthallen, der Museen und der vielen anderen Kultureinrichtungen zu erhalten. Die Einführung des Neuen Kommunalen Rechnungswesens zum Haushaltsjahr 2011 macht nun möglichen Substanzverzehr transparent. Wir werden durch ausreichende Instandhaltungs- und Sanierungsaufwendungen für die städtische Infrastruktur einem Substanzverzehr entgegen wirken.

Unsere Finanzpolitik ist erfolgreich:

- Mit den bisherigen Sparprogrammen haben wir den städtischen Haushalt seit Beginn des ersten Konsolidierungsprogramms im Jahr 1994 um rund 500 Mio. Euro entlastet.
- In den Jahren 2005 bis 2008 ist es gelungen, den städtischen Haushalt nicht nur auszugleichen, sondern insgesamt Überschüsse von 183 Mio. Euro zu erzielen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise in den Jahren 2009 und 2010 hat diese Erfolge zum Teil wieder zunichte gemacht. Aufgrund drastischer Einbrüche bei der Gewerbesteuer musste Hannover im Jahr 2009 ein Defizit von rund 159 Mio. Euro verkraften.
- Dank einer deutlichen Erholung der Steuereinnahmen und einer strikten Haushaltsdisziplin konnte der Städtische Haushalt im Jahr 2010 entgegen ursprünglichen Befürchtungen und Planung sogar mit einem deutlichen Überschuss abschließen.
- Im vergangenen Jahr wurde das 7. Haushaltssicherungskonzept (HSK) mit einem Volumen von mehr als 50 Mio. Euro für die Jahre 2010 bis 2012 beschlossen. Dieses werden wir konsequent umsetzen.

Für die kommende Ratsperiode setzen wir folgende Schwerpunkte: Haushaltssolidierung fortsetzen

Auch Hannover steht unter dem Druck weiter wachsender Ausgaben, insbesondere für den Ausbau der Kinderbetreuung und der Ganztagschulen sowie für die Jugendhilfe und die Grundsicherung im Alter (über den Umweg der Regionumlage). Dazu kommt eine hohe Unsicherheit über die Zukunft der städtischen Einnahmehasis, wie z.B. die Gewerbesteuer.

Deshalb werden wir den Kurs der Haushaltssolidierung auch in Zukunft fortsetzen müssen. Haushaltssolidierung ist leider Daueraufgabe und muss in

sozial verträglicher Form bei Ausgaben und Einnahmen ansetzen. Dabei werden wir prüfen, wo noch interne Einsparpotentiale bestehen und wo z.B. durch eine engere Zusammenarbeit mit der Region Einsparpotentiale erschlossen werden können. Dazu gehören auch eine Fortsetzung der Aufgabenkritik und das Ziel, den Kostendeckungsgrad bei freiwilligen Leistungen weiter zu steigern. Gravierende Einschnitte in die städtische Infrastruktur werden wir nicht zulassen, auch keine Privatisierung zu Lasten der Beschäftigten und deren Arbeitsbedingungen und Löhne.

Die Tatsache, dass die Beschäftigten der Landeshauptstadt Hannover durch den Abschluss eines Beschäftigungssicherungsvertrages mit einem Volumen von rund 8 Mio. Euro pro Jahr einen eigenen Konsolidierungsbeitrag leisten, rechnen wir den städtischen Beschäftigten hoch an.

Wir sagen NEIN zur Privatisierung von städtischen Unternehmen: Sie sind keine finanzpolitische Verfügungsmasse!

Die SPD steht zu den städtischen Beteiligungen. Das war in der Vergangenheit so, als vor allem neoliberale Stimmen die städtischen Beteiligungen als nicht wettbewerbs- und zukunftsfähig diffamiert haben und die Privatisierung propagiert haben, und dies wird auch in Zukunft so bleiben.

Dies gilt für die Hannoverschen Stadtwerke AG ebenso wie für die üstra, die hälftige Beteiligung an der Deutschen Messe AG, die Beteiligung am Flughafen Hannover, das städtische Wohnungsunternehmen GBH, die Sparkasse, für Union Boden, das HCC und die Stadtentwässerung.

Die städtischen Beteiligungen haben als Arbeitsplatz- und als Wirtschaftsfaktor für Stadt und Region enorme Bedeutung. Sie bieten direkt fast 6.000 Arbeitsplätze und sichern indirekt rund 27.000 Arbeitsplätze in Stadt und Region. Die städtischen Beteiligungen haben zweifellos dazu beigetragen, dass Hannover relativ stabil durch die Wirtschafts- und Finanzkrise gekommen ist.

Die städtischen Beteiligungen haben wichtige Funktionen für die Stadtgesellschaft. Privatisierung bedeutet dagegen immer auf eine aktive Steuerung dieser Unternehmen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger Hannovers zu verzichten und dem freien Spiel privater Eigentümerinteressen auszusetzen.

Das werden wir nicht zulassen! Mit der Mehrheitsbeteiligung an den Stadtwerken sichern wir unseren Einfluss auf die Energieversorgung und stehen für eine kernenergiefreie und umweltfreundliche Energiepolitik und Energieerzeugung. Mit der städtischen Wohnungsgesellschaft GBH sichern wir günstigen Wohnraum für Bürger/-innen mit geringen Einkommen, die ohne Hilfe am freien Markt keine Wohnung finden. Die GBH ist außerdem wichtiger Partner bei der Stadtentwicklung und der Stadtteilsanierung. Mit der Beteiligung an der Deutschen Messe AG sichern wir Hannover als attraktiven Messestandort und damit Umsatzeffekte für Stadt und Region und tausende von Arbeitsplätzen. Die Sparkasse hat auch in der Finanz- und Wirtschaftskrise dafür gesorgt, dass mittelständische Betriebe Kredite erhalten. Hannover bietet mit der üstra den besten Öffentlichen Nahverkehr in Deutschland. Als Konsequenz steigen die Fahrgastzahlen von Jahr zu Jahr. Der Flughafen verbindet Hannover mit der Welt und ist mittlerweile eines der größeren Unternehmen Niedersachsens.

Kurzfristige »Befreiungsschläge« durch den Verkauf gewinnträchtiger städtischer Beteiligungen lehnen wir deshalb ab. Der Verkauf von »Tafelsilber« brächte zwar einmalig Geld in die »Kasse«, dauerhafte Gewinnabführungen der Unternehmen fehlten dann aber. Beteiligungsverkäufe sind für uns keine Alternative zu einer nachhaltigen Finanzpolitik. Die Gewinnabführungen sollen auch die kommunale Daseinsfürsorge finanzieren und nicht private Renditeinteressen befriedigen

Wir werden ferner Frauen und Männer angemessen durch Einführung einer jeweiligen 40 Prozent-Quote an Führungspositionen und Aufsichtsratsmandaten bei städtischen Unternehmen beteiligen (siehe Kapitel »Solidarisches Hannover, Abschnitt Gleichstellung«).

Gezielt in die Zukunft einer modernen Stadtgesellschaft investieren

Eine Stadt muss auch in ihre Zukunft investieren. Wir haben 2006 eine umfassende Schulsanierung versprochen und dieses Versprechen gehalten. Seit 2006 hat Hannover ein Gesamtvolumen von rund 230 Mio. Euro gezielt in die Sanierung von Schulen, Kindertagesstätten und Sporthallen investiert. Die Ergebnisse sind in allen Stadtteilen sichtbar. Die Sanierung und Modernisierung der Schulen wird auch von 2011 bis 2016 Schwerpunkt der städtischen Investitionstätigkeit ein. Insbesondere der Ausbau von Grundschulen und weiterführenden Schulen zu Ganztagschulen stellt uns vor zusätzliche Herausforderungen, weil diese Schulen auch Mensen für die Mittagsverpflegung brauchen.

Vor diesem Hintergrund setzen wir bei den städtischen Investitionen bis 2016 auf folgende Schwerpunkte:

- die Fortsetzung der Schulsanierung wie z.B. der IGS Mühlenberg und den Bau von Mensen an den Ganztagschulen,
- den Bau von 8 großen Kindertagesstätten mit Krippen- und Kitagruppen,
- die Sanierung der Gemeindestraßen und Radwege,
- die Sanierung von Sporthallen,
- die Sanierung der Volkshochschule am neuen Standort am Hohen Ufer, des Raschplatz Pavillons und der städtischen Freizeitheime.

Mit städtischen Zuwendungen fördern wir das Ehrenamt und sichern die soziale und kulturelle Infrastruktur

Die städtischen Zuwendungen an die vielen sozialen und kulturellen Einrichtungen sowie Sportvereine sichern einen wichtigen und unverzichtbaren Bestandteil der städtischen Infrastruktur. Dazu gehören z.B. Jugendzentren, die Verbraucherberatung, Drogenberatung und -prävention, Hilfe für Opfer von Missbrauch und häuslicher Gewalt und und und. Mit den städtischen Zuwendungen fördern wir außerdem die Integration und flankieren das ehrenamtliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger z.B. in den Chören, Sportvereinen, sozialen Initiativen und im Freiwilligenzentrum. Wir werden die Förderung dieser Einrichtungen auch in Zukunft fortsetzen. Ohne sie wäre die Stadtgesellschaft viel ärmer.

Hannover braucht die Gewerbe- und die Grundsteuer als verlässliche Einnahmebasis

Zentrale Voraussetzung für einen dauerhaft ausgeglichenen Haushalt ist eine stabile Einnahmebasis. Dazu gehören insbesondere die Gewerbesteuer, die Einkommensteuer und die Grundsteuer.

Die Gewerbesteuer ist für Hannover die wichtigste Steuerquelle mit rund 480 Mio. Euro pro Jahr. Deshalb fordern wir, dass die Gewerbesteuer als eigenständige kommunale Wirtschaftsteuer auch in Zukunft erhalten bleiben muss. Die Vorschläge der Bundesregierung und der Landesregierung, die Gewerbesteuer abzuschaffen und stattdessen ein kommunales Hebesatzrecht bei der Körperschaftsteuer oder der Einkommensteuer einzuführen, lehnen wir strikt ab. Dies würde die Bürgerinnen und Bürger erheblich belasten. Wir fordern deshalb Bund und Land auf, entsprechende Pläne endgültig aufzugeben. Ein kommunales Hebesatzrecht bei der Einkommensteuer würde außerdem die Kluft zwischen reichen und armen Kommunen weiter vertiefen. Gerade die Großstädte würden dadurch benachteiligt. Sie finanzieren kommunale Einrichtungen wie Theater und Museen, die auch von der Bevölkerung im Umland genutzt werden.

Wir sprechen uns stattdessen für eine weitere Vitalisierung der Gewerbesteuer durch Ausweitung des Kreises der Steuerpflichtigen auf Freiberufler aus. Wir können nicht einsehen, warum Handwerker der Gewerbesteuer unterliegen, andere aber nicht.

Wir befürworten außerdem eine Reform der Grundsteuer auf Bundesebene. Da das Aufkommen der Grundsteuer ausschließlich den Kommunen zufließt, hat der Bund in den letzten Jahrzehnten überhaupt keinen Ehrgeiz an den Tag gelegt, hier gesetzgeberisch tätig zu werden. Als Berechnungsgrundlage für die Grundsteuer dienen Einheitswerte, die seit fast 50 Jahren nicht mehr angepasst wurden. Die tatsächlichen Werte liegen daher weit über den Einheitswerten, was zu Ungerechtigkeiten in der Belastungswirkung beispielsweise zwischen Alt- und Neubauten und zu strukturell niedrigeren Steuereinnahmen der Kommunen führt.

Die Kommunen von den Kosten für soziale Grundsicherung entlasten

Steigende Ausgaben für die Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) und die Grundsicherung bei Erwerbsunfähigkeit und im Alter (SGB XII) haben die Finanznot der Kommunen in den letzten Jahren zusätzlich verschärft. Dabei ist absehbar, dass die Kosten für die Grundsicherung im Alter aufgrund des demografischen Wandels in Zukunft noch weiter steigen werden. Diese treffen über den Umweg der Regionsumlage auch den städtischen Haushalt. Deshalb begrüßen wir, dass die Kommunen von den Kosten der Grundsicherung dauerhaft entlastet werden sollen.

Kontakt

SPD-Stadtverband Hannover

Odeonstraße 15/16
30159 Hannover

Telefon 0511.1674-240

Fax 0511.1674-266

info@spd-hannover-stadt.de

www.spd-hannover-stadt.de

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Stadtverband-Hannover

Odeonstraße 15/16
30159 Hannover

V.i.S.d.P.: Kolja Baxmann

Layout und Satz: Anette Gilke

Titelfoto: Maximilian Schmidt